

EINSTELLUNGEN ZUR INTEGRATION IN DER DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG VON 2014 BIS 2020

STUDIENBERICHT DER VIERTEN ERHEBUNG IM PROJEKT ZUGLEICH – ZUGEHÖRIGKEIT UND GLEICHWERTIGKEIT

Andreas Zick und Nora Rebekka Krott



INHALT

DEUTSCHLAND NACH DER WILLKOMMENSKULTUR: EINSTELLUNGEN ZUM ZUSAMMENLEBEN IN EINER VIELFÄLTIGEN UND VERÄNDERTEN GESELLSCHAFT	4
ZUGLEICH – ZUGEHÖRIGKEIT UND GLEICHWERTIGKEIT	7
1 ZWISCHEN GEMEINSAMER GESTALTUNG UND ANPASSUNGSVORSTELLUNGEN: AKKULTURATIONSORIENTIERUNGEN 2020	8
2 WILLKOMMENSKULTUR 2020	15
3 ZUGEHÖRIGKEIT: WAS GEHÖRT DAZU, UM DAZUZUGEHÖREN?	18
4 ETABLIERTENVORRECHTE UND ÜBERVORTEILUNGEN	21
5 KULTUREN DER ABWEHR	24
EIN FAZIT ZUR ZUGEHÖRIGKEIT UND GLEICHWERTIGKEIT 2020	28
LITERATUR	34
IMPRESSUM	35

DEUTSCHLAND NACH DER WILLKOMMENSKULTUR: EINSTELLUNGEN ZUM ZUSAMMENLEBEN IN EINER VIELFÄLTIGEN UND VERÄNDERTEN GESELLSCHAFT

Nach aktuellen amtlichen Statistiken besitzen rund 21,2 Millionen der in Deutschland lebenden Menschen eine Einwanderungsgeschichte.¹ Das heißt, mehr als jede_r vierte Einwohner_in (26 %) oder mindestens ein Elternteil wurde mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit geboren oder ist in einem anderen Land als Deutschland geboren. Mehr als die Hälfte unter ihnen haben bisher die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen (52 %) und etwa ein Drittel teilt zwar eine Einwanderungsgeschichte über die Eltern, aber keine eigene Migrationserfahrung mehr. Ein Viertel der Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte ist muslimischen Glaubens. Die neuen Mitbürger_innen stammen laut aktuellen Zahlen des Jahres 2019 aus mehr als 15 Ländern, die meisten davon aus EU-Ländern. Die Zuwanderung von Geflüchteten und Asylsuchenden in den Jahren 2015 und 2016 hat noch einmal das Land verändert. Deutschland ist von zunehmender kultureller, ethnischer und religiöser Vielfalt geprägt und die Annahme von Deutschland als Einwanderungsland hat sich in den letzten Jahren durchgesetzt – wenn auch langsam und konfliktreich, wie auch die ZuGleich-Studien dokumentieren konnten. Die jüngste Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit, die die Bundesregierung eingesetzt hat, teilt diese Auffassung und beruft sich auf die Befunde. Nach zum Teil von vorurteilsbasierten Hasskampagnen und -taten begleiteten Jahrzehnten der Konflikte, wie auch der politischen, rechtlichen und sozialen Bewertung

und Anerkennung der Zu- und Einwanderung scheint es einen gesellschaftlichen Konsens zu geben, dass Migration zur deutschen Gesellschaft dazugehört und diese prägt.

Der Widerstand gegen diese Feststellung wird vor allem in ultrakonservativen, rechtspopulistischen, neurechten wie rechtsextremistischen Gruppierungen, Parteien und analogen wie digitalen Milieus als Mittel gegen stilisierte Bedrohungen der „Überfremdung“ oder gar der „Umvolkung“ ausgegeben. Er schlug sich in der Zeit der erstarkten Fluchtbewegung in einem Anstieg an Gewalttaten gegen Asylsuchende nieder sowie im Erstarken rechtspopulistischer und neurechter Bewegungen und Wahlerfolge. In Studien zu Hassbotschaften gegen Medienschaffende haben wir ermittelt, dass Stichworte wie „Migration“, „Flüchtlinge“ und „Integration“ immer noch jene Worte sind, die am meisten Hassnachrichten nach sich ziehen (Zick & Preuß, 2021). Wir könnten die Reihe destruktiver, diskriminierender, rassistischer oder gewaltorientierter Ideologien und Taten „gegen die Einwanderung“ von Menschen fortführen und wir müssen auch darauf verweisen, dass die jüngsten Attentate von Halle (Saale) und Hanau sich gegen das Judentum, den Islam, gegen nicht weiße Menschen, aber auch gegen die Einwanderung und gegen Einwander_innen richteten. Uns geht es in der Studie ZuGleich jedoch nicht um ein Verständnis der radikalisierten Gruppen und Menschen, sondern um Wahrnehmungen und Erfahrungen zum Alltag von Migration und Integration,

wozu Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierungen gehören. Diese Wahrnehmungen werden als Belastung und Hürde untersucht, aber auch als Chance und Möglichkeit. Migration und Integration als Prozesse, die die Normalität der Einwanderungsgesellschaft beschreiben, auch wenn sie von Gruppen abgelehnt werden, sind die zentralen Themen von ZuGleich. Radikalisierung dagegen wird als Blockade von Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit verstanden. Mit diesem Blick lässt sich eben feststellen: Auch wenn die Bundesrepublik Deutschland von vielen Bürger_innen nicht als multikulturelle Gesellschaft wahrgenommen wird, ist doch die Selbstbeschreibung als Einwanderungsland weit geteilt.

Auch die Vorstellungen darüber, wer aus Sicht der Bürger_innen zur Gesellschaft dazugehört und welche (kulturellen) Identitäten und Gruppen als gleichwertig anerkannt werden, gehen in medialen und politischen Debatten, beispielsweise um die öffentlich sichtbare Religionsausübung, immer wieder weit auseinander. Nicht zuletzt hat sich der Ausbruch der Corona-Pandemie zu Beginn des letzten Jahres als eine große Herausforderung für den Zusammenhalt und die Solidarität in Deutschland herausgestellt, da die getroffenen Maßnahmen mit Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte einhergingen, um die körperliche Gesundheit und Unversehrtheit der Bürger_innen zu schützen. Während die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen noch einmal deutlich die Ungleichheiten im Land gezeigt und verschärft haben,

¹ Wir folgen den Empfehlungen der Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit des Landes und verwenden explizit den Begriff der „Einwanderungsgeschichte“ statt den oft missverstandenen Begriff Migrationshintergrund.

indem sie die größten Auswirkungen auf bereits zuvor benachteiligte Gruppen hinsichtlich Beruf, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe hatten, zeigt das Integrationsbarometer des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, dass in der Gesamtbevölkerung im Laufe der Corona-Pandemie bis August 2020 das Vertrauen in die Politik und die Zufriedenheit mit der Demokratie insgesamt angestiegen sind – sowohl bei Menschen mit als auch ohne Einwanderungsgeschichte. Auch wenn derzeit coronabedingt kaum Migration stattfindet, gehen wir davon aus, dass die hier berichteten Überzeugungen nicht nur stabil sind, sondern unseres Erachtens auch die Wahrnehmungen und Verhaltensweisen heute prägen. Die Einstellungen, die wir hier zumeist als Überzeugungen im Sinne generalisierter Einstellungen messen und berichten, prägen Absichten, anderen zu begegnen und sie wahrzunehmen.

Bereits vor der erstarkten Fluchtbewegung in den Jahren 2015 und 2016 hat die Studienreihe ZuGleich gezeigt, dass das Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft mehr erfordert als das Erfüllen formaler rechtlicher Voraussetzungen. Vielmehr geht es um die Akzeptanz von Vielfalt und Unterschieden in Identitäten, Lebensweisen und Werten sowie die Anerkennung von wirklicher Zugehörigkeit, die bedeutet, dass Menschen in Deutschland nicht nur willkommen sind, sondern langfristig ankommen und sich beheimaten können. Die politische Erklärung, Deutschland sei ein Einwanderungs-

land, ist dabei nicht gleichbedeutend mit einer tatsächlichen Anerkennung von Zugehörigkeit, Gleichwertigkeit und einer Normalität von Migration dort, wo Vielfalt erlebbar und sichtbar wird: in den Ansichten, Meinungen und Haltungen der deutschen Bürger_innen. Gesellschaften zeichnet dabei immer ein dynamischer Charakter aus. Sie reagieren auf Veränderungen, wie es die derzeitige Pandemie-Situation zeigt. Werden Veränderungen jedoch zurückgewiesen oder verleugnet, indem sich Menschen gegen einen Wandel und für den Erhalt der vermeintlichen Vormachtstellung positionieren, kann dies zu unlösbaren und eskalierenden Konflikten führen. Somit spricht die Studienreihe ZuGleich eine der Kernfragen der Zukunft der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft an. Kein Thema hat den gesellschaftlichen Zustand der Republik so herausgefordert und in Teilen gespalten wie die Migration und die Fragen, wie Integration gelingen kann beziehungsweise ob sie überhaupt erwünscht ist. Die Themen Migration und Integration sind Konfliktthemen. Sie werden kontrovers diskutiert und das gehört zu einer lebendigen Demokratie. Sie prägen aber auch divergente und zum Teil hassgetränkte politische Positionen, wie die hohe Zahl an vorurteilsgeleiteten Hassstaten² in Deutschland zeigt, und das beeinflusst erheblich Prozesse der Integration und der Akkulturation, das heißt des Umgangs mit Veränderungen, die durch Migration zustande kommen und „normal“ sind. Über Migration und Integration öffentlich zu sprechen, ist zudem schwieriger

geworden – spätestens seit der Fluchtmigration, als politische Gruppen das Thema auf ihre Kampfagenda gesetzt haben. Sie übertönen in Teilen eine Zivilgesellschaft, die am Prozess beteiligt ist und teilnimmt, um dem Land einen besseren und weniger destruktiven und spaltenden Weg in die Einwanderungsgesellschaft zu bieten.

Welche Vorstellungen die Bevölkerung in ihren unterschiedlichen demografischen, sozialen und politisch orientierten Gruppen zur Migration und Integration hat, worauf Ablehnungen wie Befürwortungen recht unterschiedlicher Konzepte zur Migration und Integration beruhen und welche Folgen diese haben, dazu wurde die Studie ZuGleich durchgeführt.

Zentrale Beobachtungen der Studienreihe ZuGleich. Die erste ZuGleich-Studie 2014 zeigte bereits, dass mit einem Anstieg der Flucht- und Asylmigration nach Deutschland auch Überzeugungen einer notwendigen „Rückeroberung“ unter der deutschen Bevölkerung zunahmen. Integration ist ein Aushandlungsprozess von Werten, Ressourcen und Identitäten, aber eigentlich keine einseitige Frage danach, welche Gruppe sich wem und was anpassen muss. Integration ist eine Orientierung im Prozess der Akkulturation, das heißt der Aneignung von neuen kulturellen Umgebungen, die durch Migration entstehen, durch alle Gruppen, die sich begegnen. Die Ergebnisse der ZuGleich-Studie des Jahres 2016 zeigten zudem, dass mit der erstarkten Fluchtbewegung auch die Skepsis gegenüber

² Laut aktuellen Zahlen des BMI haben die Straftaten im Themenfeld Hasskriminalität im Jahr 2020 mit 10.240 Fällen gegenüber dem Jahr 2019 (8.585) um etwa 19 % zugenommen.

der Integration und die Migrationsfeindlichkeit in der Bevölkerung zunahmen. Im Jahr 2018 lag der Fokus nach einem Rückgang der Fluchtbewegung nun auf dem gesellschaftlichen Zustand der Migrationsgesellschaft Deutschland. Im Rahmen der dritten Erhebung zeigte sich eine Stabilisierung der Willkommenskultur und der Integrationsorientierungen in Richtung vermehrter Akzeptanz von Vielfalt, die sich dem Niveau von 2014 wieder annäherte. Des Weiteren zeigte die dritte Erhebung, dass strikte Kriterien der Zugehörigkeit zu Deutschland an Relevanz verloren und dass die Menschen die Zugehörigkeit von Migrant_innen zunehmend an prinzipiell erwerbbareren Kriterien, wie dem Erwerb der deutschen Sprache, bemaßen. In der mittlerweile vierten Erhebung des ZuGleich-Projekts sollen nun konkrete Fragen zum Zusammenleben in einer durch Vielfalt geprägten Gesellschaft erweitert werden.

Der Fokus von ZuGleich 2020. Im Jahr 2020 stellt sich die Frage, wie – mittlerweile fünf Jahre nach der Fluchtbewegung – nun das Zusammenleben gestaltet wird und wie es gelingen kann. Es geht um die Erfassung von Hürden und Potenzialen für ein Klima der Gleichwertigkeit und Zugehörigkeit in einer sich wandelnden Migrationsgesellschaft. Zudem geht es explizit auch um den Zustand der deutschen Gesellschaft fünf Jahre nach der Willkommenskultur und damit verbunden um die Frage, wie aus dem ursprünglichen Willkommen eine gesellschaftliche Kultur des Ankommens und der Beheimatung geschaffen werden kann und wo diese ihre Hürden und Schranken findet. Das Projekt soll einerseits für die Wahrnehmung von

Unterschieden in den Einstellungen von gesellschaftlichen Gruppen sensibilisieren und andererseits reale Abgrenzungen und fehlende Anerkennung in zentralen Bereichen der Aushandlung von Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit benennen. Damit schlägt es den gesellschaftlich notwendigen Bogen zwischen der wissenschaftlichen Grundlagenforschung und der praktischen Erkenntnisnutzung in Form eines Orientierungs- und Referenzrahmens.

Das Projekt ZuGleich erstattet über einen Zeitraum von mittlerweile sechs Jahren Bericht; die hier beschriebene Erhebung schließt damit an die Ergebnisse der Studienreihe ZuGleich der Jahre 2014 bis 2018 an. Fokus der vierten Erhebung sind Veränderungen der Meinungen zur gemeinsamen Gestaltung von Integrationsprozessen und zum Zusammenleben in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft. Auch die vierte Erhebung soll somit einen Beitrag zur Analyse von aktuellen Integrationspotenzialen und Hindernissen, zur öffentlichen Debatte über die Integrationsgesellschaft Deutschland leisten und Vorschläge und Antworten zum Policy Making beitragen.

Wie in den Vorjahren wurde für ZuGleich 4 eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durchgeführt. ZuGleich 4 schreibt somit die Befunde der Vorjahre fort und ermöglicht einen Vergleich der Meinungen und Einstellungen zur Integration seit 2014. Das Projekt macht es sich weiterhin zur Aufgabe, zum Verständnis von Integrationsprozessen beizutragen. Es geht um eine Abschätzung der Potenziale für ein Klima der Gleichwertigkeit. Es widmet sich den integrativen Potenzialen in der deutschen Gesellschaft und soll die notwendige Sensibilisierung und Kompetenz für eine Wahrnehmung von Perspektivendifferenzen schaffen. Vor diesem Hintergrund wurde für ZuGleich 4 eine überproportionale Stichprobe (32,2 %) an Menschen mit Einwanderungsgeschichte (Einwander_innen und ihre direkten Nachkommen) erhoben. Somit bietet ZuGleich ein repräsentatives Bild der persönlichen Perspektiven der Bürger_innen sowie einzelner gesellschaftlicher Gruppen. In der Studienreihe werden die Menschen konkret dazu befragt, was es für sie persönlich bedeutet, zur Gesellschaft zu gehören, wie sie sich eine Integration in den für sie relevanten Lebensbereichen vorstellen und wie sie Vielfalt in ihrem alltäglichen Leben erfahren und bewerten. ZuGleich setzt somit da an, wo Integration und Zusammenleben aktiv ausgehandelt und gestaltet werden: bei den Wahrnehmungen, Meinungen und Gefühlen der in Deutschland lebenden Menschen.

ZUGLEICH – ZUGEHÖRIGKEIT UND GLEICHWERTIGKEIT

Das Forschungsprojekt ZuGleich des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld ist eine repräsentative wiederkehrende Befragung, die in zweijährlichen Abständen durchgeführt wird. Seit 2014 erhebt ZuGleich die Meinungen, Einstellungen und Wahrnehmungen der Menschen in Deutschland mit und ohne Einwanderungsgeschichte. Somit lassen sich Entwicklungen beobachten, die sich auf verschiedene Zeitpunkte und Ereignisse beziehen, die mehr oder weniger von Migrations- und Integrationsdebatten geprägt waren. So bildet beispielsweise die Fluchtbewegung der Jahre 2015 und 2016 einen Meilenstein, der sich auch in der Entwicklung der Einstellungen der ZuGleich-Erhebung ablesen lässt. Der Erhebungszeitraum zwischen 2020 und 2021 ist nun weniger von medialen Debatten um die Einwanderung als viel-

mehr von der globalen Pandemie-Situation geprägt. Die etablierten Konstrukte der Studienreihe wurden weiter gemessen, um die Entwicklung der Integrationsgesellschaft weiterzuvollziehen und Veränderungen in Meinungen und Einstellungen sichtbar zu machen. Die zentralen Elemente bilden dabei (1) die Akkulturationsorientierungen und Anpassungsvorstellungen, (2) die Willkommenskultur, (3) Zugehörigkeitskriterien, (4) Etabliertenvorrechte und (5) die Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit als Kulturen der Abwehr.

Entsprechend sind die Kernfragen, die ZuGleich auch 2020/2021 an die Bürger_innen richtet:

- (1) Welche Form der Akkulturation wird von den Bürger_innen gefordert und wer soll sich in der Gesellschaft wem anpassen?
- (2) Welche Relevanz hat im Jahr 2020 noch die Willkommenskultur unter den Bürger_innen?
- (3) Was ist für die Bürger_innen wichtig, um zur deutschen Gesellschaft zu gehören? Welche Kriterien sind relevant?
- (4) Wie stark fordern die Bürger_innen Vorrechte und Vorteile für sich als vermeintlich Etablierte ein?
- (5) Welche Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bilden eine Schranke der Integrationsbereitschaft? Wie verbreitet sind Vorurteile gegenüber Gruppen, die im Zentrum der Integrationsdebatten stehen?

Empirische Datengrundlage der Studienreihe

ZuGleich 2014

- **Telefonische Befragung** von 2.006 repräsentativ ausgewählten Personen ab 18 Jahren
- **Datenerhebung:** November 2013 bis Januar 2014 (Sozialwissenschaftliches Umfragezentrum (SUZ) Duisburg)
- **Daten von insgesamt:** 1.069 Frauen (53,3 %), 937 Männern (46,7 %)
- **Altersdurchschnitt:** 49 Jahre
- 371 Befragte mit **Einwanderungsgeschichte**

ZuGleich 2016

- **Telefonische Befragung** von 1.505 repräsentativ ausgewählten Personen ab 16 Jahren
- **Datenerhebung:** Dezember 2015 bis Februar 2016 (Sozialwissenschaftliches Umfragezentrum (SUZ) Duisburg)
- **Daten von insgesamt:** 798 Frauen (53 %), 707 Männern (47 %)
- **Altersdurchschnitt:** 52 Jahre
- 485 Befragte mit **Einwanderungsgeschichte**

ZuGleich 2018

- **Telefonische Befragung** von 2.009 repräsentativ ausgewählten Personen ab 18 Jahren
- **Datenerhebung:** März bis Juli 2018 (Sozialwissenschaftliches Umfragezentrum (SUZ) Duisburg)
- **Daten von insgesamt:** 1.172 Frauen (58,4 %), 836 Männern (41,6 %)
- **Altersdurchschnitt:** 56 Jahre
- 341 Befragte mit **Einwanderungsgeschichte**

ZuGleich 2020

- **Telefonische Befragung** von 2.005 repräsentativ ausgewählten Personen ab 18 Jahren
- **Datenerhebung:** November 2020 bis Januar 2021 (GMS Dr. Jung GmbH, Hamburg)
- **Daten von insgesamt:** 1.047 Frauen (52,2 %), 958 Männern (47,8 %)
- **Altersdurchschnitt:** 51 Jahre
- 646 Befragte mit **Einwanderungsgeschichte**

1 ZWISCHEN GEMEINSAMER GESTALTUNG UND ANPASSUNGSVORSTELLUNGEN: AKKULTURATIONSORIENTIERUNGEN 2020

Zentral für die Studienreihe ZuGleich ist die Analyse der Zumessung oder Ablehnung von **Zugehörigkeit** und **Gleichwertigkeit** von Menschen, die neu nach Deutschland hinzugekommen sind, hier Heimat wie auch Zuflucht finden durch die Aufnahmegesellschaft. Zudem ist es ein wichtiger Fokus der ZuGleich-Studie, die Perspektiven der sogenannten Mehrheitsgesellschaft mit den Perspektiven und Meinungen derer zu vergleichen, die selber über eine Einwanderungsgeschichte verfügen. Bei der Erfassung der Überzeugungen zur Art und Weise, wie neu Hinzugekommene sich in Deutschland einleben können, wie sie teilhaben und sich anpassen können, folgt das Projekt der klassischen wie international intensiv untersuchten Unterscheidung von Akkulturationsorientierungen nach Berry und Kolleg_innen (1986, 1997; Zick, 2010). Zentral für die Akkulturationsorientierung ist also die Frage, ob Kontakte und Beziehungen zwischen Zugewanderten und anderen gewünscht sind und ob die Aufrechterhaltung von kulturell prägenden Identitäten akzeptiert und gewünscht wird oder Gruppen erwarten, dass andere ihre kulturellen Prägungen aufgeben sollten. Aus der

Kombination der Befürwortung versus Ablehnung von Beziehungen und Identitäten ergeben sich vier Akkulturationsorientierungen.

Der Idealfall von Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit entspricht der **Integration**, welche jedoch auch die meisten Aushandlungen und Bemühungen von beiden Seiten benötigt. Sie manifestiert sich aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft in einer positiven Einstellung zur Anerkennung des Bedürfnisses nach Aufrechterhaltung kultureller Merkmale und Identitäten aufseiten der neu Hinzugekommenen und akzeptiert darüber hinaus die Gelegenheit, in Beziehung mit der Mehrheitsbevölkerung zu treten und teilzunehmen. Aus Sicht von Eingesessenen wie Eingewanderten verlangt Integration sowohl von allen Gruppen Anpassungsleistungen und dies, wenn möglich, im gegenseitigen Austauschprozess, eben zugleich. Im Gegensatz dazu steht die Überzeugung von der **Marginalisierung** der neu Hinzugekommenen, die sowohl die Beibehaltung der eigenen Kultur als auch die Teilhabe an der Kultur der Mehrheitsgesellschaft verwehrt. Zwei weitere Akkulturationsorientierungen der

sogenannten Aufnahmegesellschaft, die sich von Integration und Marginalisierung unterscheiden, sind dagegen eindimensional, das heißt, sie beschreiben Akkulturationsvarianten, in denen die Anpassung nur von einer Seite erfolgt. Die **Assimilation** ist die Überzeugung, dass es angemessen ist, wenn Zugewanderte zwar Beziehungen und Teilhabe in der Mehrheitsgesellschaft haben, sie fordert dabei aber auch die Aufgabe der eigenen kulturellen Identität im Sinne einer absoluten Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft. Die **Separation** entspricht aus Sicht der Aufnahmegesellschaft einer Akkulturationsorientierung, die den neu Hinzugekommenen zwar ihre Eigenständigkeit und kulturelle Identität zuspricht, jedoch die gesellschaftliche Teilhabe der neu Hinzugekommenen verweigert, die Gruppen von der Mehrheitsgesellschaft abtrennt und so Parallelgesellschaften oder Isolation einfordert. Eine Übersicht der Akkulturationsorientierungen, die sich aus der Zustimmung beziehungsweise Ablehnung zu Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit ergeben, ist in Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1
Die vier Akkulturationsorientierungen in ZuGleich

		Identitätserhalt	
		Zustimmung	Ablehnung
Teilhabe	Zustimmung	Integration	Assimilation
	Ablehnung	Separation	Marginalisierung

Tabelle 2

Zustimmung zu Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit unter den Befragten des Jahres 2020 in Prozent

Indikatoren	2020		n
	Ablehnung	Zustimmung	
Zugehörigkeit (Teilhabe) Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, sollten an unserem gesellschaftlichen Leben teilhaben.	7,4 %	73,7 %	1.899
Gleichwertigkeit (Identitäten) Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, sollten das beibehalten, was ihnen kulturell bedeutsam ist.	21,8 %	53,2 %	1.908

Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten. Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorten, sind nicht abgebildet.

In Tabelle 2 sind die Zustimmungswerte zu Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit unter den Befragten von ZuGleich abgebildet. Eine stabile Mehrheit der Befragten (74 %) spricht sich für die gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten aus, das heißt dafür, dass neu Hinzugekommene am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Schaut man jedoch auf die zweite Dimension der Akkulturation, die Gleichwertigkeit von kulturellen Identitäten, steigt die Ablehnung deutlich: Hier sind es noch knapp über 50 %, die sich dafür aussprechen, dass Menschen, die nach Deutschland kommen, ihre kulturellen Identitäten beibehalten sollen. Etwa jede_r Fünfte lehnt dagegen die Gleichwertigkeit im Sinne der Anerkennung kultureller Identitäten ab.

Die Studienreihe ZuGleich legt einen Fokus darauf, inwiefern sich die Perspektiven der Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte in ihren Einstellungen und Meinungen unterscheiden.

Zudem teilen wir die Gruppe der Menschen mit Einwanderungsgeschichte noch einmal spezifischer auf in diejenigen, die bereits vor 2015 in Deutschland lebten (N = 375, 74,5 %), und diejenigen, die im Zeitraum seit 2015 nach Deutschland zugewandert sind (N = 122, 25,5 %). Während sich Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte nicht in ihren Einstellungen gegenüber der gesellschaftlichen Teilhabe von Einwander_innen unterscheiden, zeigen sich Unterschiede in der Befürwortung der Gleichwertigkeit von kulturellen Identitäten. Unter den Menschen ohne Einwanderungsgeschichte sind es etwa 48 %, die sich für die Gleichwertigkeit aussprechen; dieser Anteil steigt unter den Zugewanderten auf knapp 65 %.³ Ein ähnlicher Trend findet sich innerhalb der Gruppe der Zugewanderten: Diejenigen, die schon länger in Deutschland sind (mehr als fünf Jahre), zeigen sich skeptischer gegenüber dem Identitätserhalt (Zustimmung: 68 %) im Vergleich zur Gruppe, die innerhalb der letzten

fünf Jahre nach Deutschland zugewandert ist (Zustimmung: 79 %).⁴ Das heißt: Je länger die Menschen in Deutschland leben, desto skeptischer zeigen sie sich gegenüber dem Erhalt unterschiedlicher kultureller Identitäten und damit der Gleichwertigkeit. Diese Befunde stehen im Einklang mit dem sogenannten Integrationsparadox: Zu Integrationsprozessen gehören auch immer Konflikte zwischen denen, die schon länger da sind, und den „Neuen“ (El-Mafaalani, 2013), zumal die Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte häufig selber Erfahrungen der Assimilation an die Mehrheitsgesellschaft gemacht haben und vielleicht nun ebenfalls eine Anpassung der „Neuen“ fordern.

Für ZuGleich 4 haben wir, wie bereits in den Erhebungen der Jahre 2014 und 2016, die Zustimmungen beziehungsweise Ablehnungen zu den Dimensionen der Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit zu den vier Akkulturationsorientierungen zusammengefasst.

³ Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte: $c2(2, N = 1.908) = 73,94, p < 0,001$. Die Signifikanztestungen berücksichtigen stets alle Befragten, also auch jene, die die Mittelkategorie gewählt haben.

⁴ Unterschied zwischen Zugewanderten > 5 Jahre und < 5 Jahre: $c2(2, N = 473) = 5,12, p = 0,077$. Die Prozentzahlen unterscheiden sich aufgrund dessen, dass nicht alle Befragten mit Einwanderungsgeschichte ihre Aufenthaltsdauer in Deutschland angegeben haben und sich die Gruppe für diese Berechnung dadurch dementsprechend verkleinert.

Tabelle 3

Akkulturationsorientierungen unter den Befragten von 2014 bis 2020 in Prozent

2014		2016		2020	
Integration 59,9 %	Assimilation 29,3 %	Integration 51,1 %	Assimilation 21,8 %	Integration 47,7 %	Assimilation 31,0 %
Separation 5,9 %	Marginalisierung 4,8 %	Separation 16,3 %	Marginalisierung 10,9 %	Separation 10,8 %	Marginalisierung 10,5 %

Integration = + Zugehörigkeit, + Gleichwertigkeit **Assimilation** = + Zugehörigkeit, - Gleichwertigkeit
Separation = - Zugehörigkeit, + Gleichwertigkeit **Marginalisierung** = - Zugehörigkeit, - Gleichwertigkeit

Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten. Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorten, sind nicht abgebildet.

In Tabelle 3 sind die Akkulturationsorientierungen der Befragten zwischen 2014 und 2020 abgebildet.⁵ Die Daten zeigen deutlich: Unter den Befragten nimmt die Zustimmung zur Integration seit 2014 kontinuierlich ab und sinkt im Jahr 2020 erstmalig unter 50 %. Gleichzeitig fordert etwa ein Drittel der Befragten die Assimilation und damit die einseitige Anpassung seitens der Zugewanderten.

Wie bereits 2016 sprechen sich Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärker für die Integration aus (Zustimmung: 56 %) verglichen mit Menschen ohne Einwanderungsgeschichte (Zustimmung: 44 %).⁶ Innerhalb der Gruppe der Zugewanderten zeigen sich dagegen keine Unterschiede in der Integrationsbefürwortung. Insgesamt wird deutlich: Die Zustimmung zur Integration sinkt seit 2014 unter

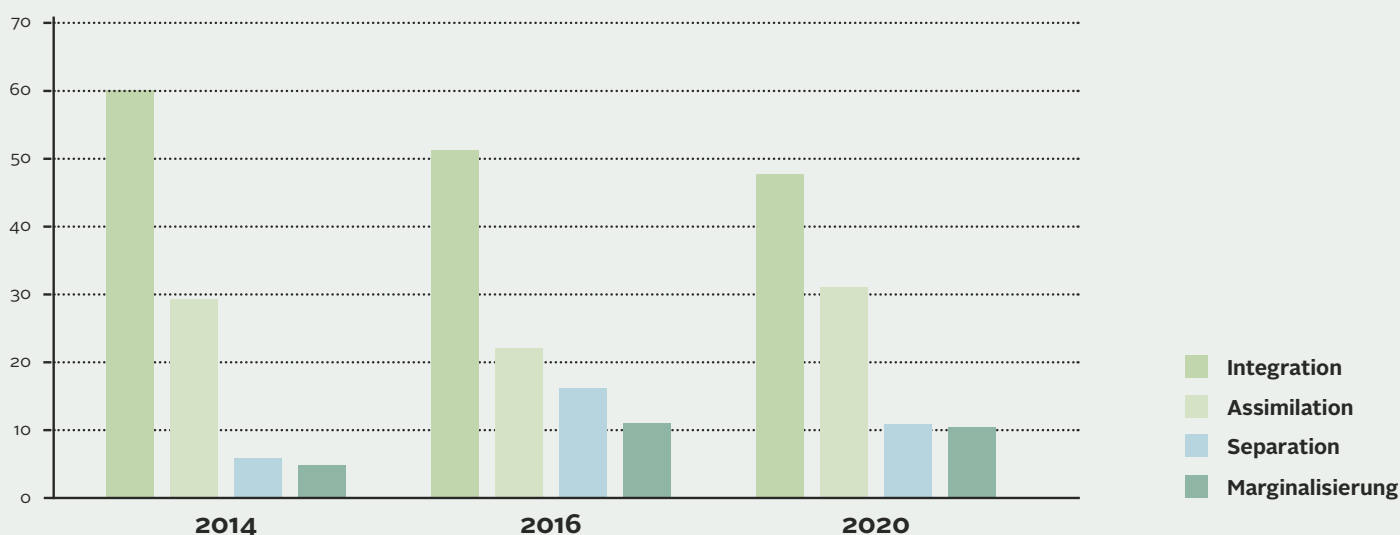
Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte, während die Assimilation der Zugewanderten von einem immer größeren Teil gefordert wird (siehe Abbildung 1). Insgesamt scheinen die Fluchtzuwanderung der letzten Jahre und die öffentliche Auseinandersetzung um Fragen der Integration zu einem Anstieg an Assimilationsforderungen an neu Zugewanderte geführt zu haben.

5 Es fehlen die Werte des Jahres 2018, da wir in diesem Jahr die Akkulturationsorientierungen nicht erhoben haben.

6 Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte: $\chi^2(3, N = 1.841) = 58,75, p < 0,001$.

Abbildung 1

Entwicklung der Akkulturationsorientierungen zwischen 2014 und 2020 in Prozent



Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten der Zustimmung in Prozent

Neben den abstrakten Akkulturationsorientierungen werden in ZuGleich auch die konkreten Einstellungen und Meinungen der in Deutschland lebenden Menschen erfragt, wer sich zuerst auf wen zubewegen soll. Im Sinne der Integration wären diese Anpassungsvorstellungen die einer **Annäherung** von so-

wohl der Mehrheitsbevölkerung als auch den neu Hinzugekommenen. Dagegen würde eine **Adaption** bedeuten, dass sich allein die neu Hinzugekommenen anpassen, und entspräche damit einer einseitigen Assimilation. Eine **Öffnung** bezeichnet die Anpassungsanstrengungen vermehrt vonseiten der Mehrheits-

bevölkerung. **Neutralität** bedeutet im Sinne der Marginalisierung, dass gar keine Anpassungsanstrengungen verlangt werden. Eine Übersicht der Anpassungsvorstellungen, die sich aus der Zustimmung beziehungsweise Ablehnung der Anpassung der zwei Gruppen ergeben, ist in Tabelle 4 dargestellt.

Tabelle 4
Die vier Anpassungsvorstellungen in ZuGleich

		Anpassung Deutsche	
		Zustimmung	Ablehnung
Anpassung Migrant_innen	Zustimmung	Annäherung	Adaption
	Ablehnung	Öffnung	Neuralität

In Tabelle 5 sind die Zustimmungswerte zur Anpassung seitens der Zugewanderten und der Mehrheitsgesellschaft unter den Befragten von ZuGleich ab-

gebildet. Über 60 % der Befragten meinen, die Zugewanderten müssten sich anpassen, während ein ähnlich großer Anteil der Befragten diese Anpassung

seitens der Deutschen deutlich ablehnt. Lediglich etwa 15 % der Befragten stimmen einer Anpassung seitens der Mehrheitsgesellschaft zu.

Tabelle 5
Zustimmung zur Anpassung unter den Befragten des Jahres 2020 in Prozent

Indikatoren	2020		
	Ablehnung	Zustimmung	n
Anpassung Migrant_innen Die Migrant_innen müssen sich mehr an die Deutschen anpassen.	10,4 %	62,8 %	1.894
Anpassung Migrant_innen Deutsche müssen sich mehr an die Migrant_innen anpassen.	63,2 %	14,6 %	1.890

Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten. Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorten, sind nicht abgebildet.

Die Forderung einer einseitigen Anpassung seitens der Zugewanderten wird besonders von denjenigen gefordert, die keine Einwanderungsgeschichte aufweisen (Zustimmung: 66 %), während sie unter der Gruppe der Zugewanderten auf 56 % sinkt.⁷ Identische Unterschiede bestehen innerhalb der Gruppe der Zugewanderten: Diejenigen, die schon länger in Deutschland sind (mehr als fünf Jahre), fordern eine stärkere Anpassung seitens der Zugewanderten (Zustimmung: 57 %) im Vergleich zur Gruppe, die innerhalb der letzten fünf Jahre nach Deutschland zugewandert ist (Zustimmung: 47 %).⁸ Das heißt: Je länger die Menschen in Deutschland leben, desto stärker

fordern sie eine einseitige Anpassung seitens der neu Hinzugekommenen an die Mehrheitsgesellschaft. Für ZuGleich 4 haben wir, wie bereits in den Erhebungen der Jahre 2014 und 2016, die Zustimmungen beziehungsweise Ablehnungen zu den vier Anpassungsvorstellungen zusammengefasst. In Tabelle 6 sind die Anpassungsvorstellungen der Befragten zwischen 2014 und 2020 abgebildet. Unter den Befragten nimmt die Zustimmung zur gegenseitigen Annäherung seit 2014 deutlich ab und sinkt im Jahr 2020 auf etwa 14 %, während im Jahr 2014 noch etwa ein Viertel der Befragten die gegenseitige Anpassung zwischen Zugewanderten und Deutschen forder-

te. Gleichzeitig fordern im Jahr 2020 beinahe zwei Drittel der Befragten die einseitige Anpassung seitens der Zugewanderten. Damit liegt die Zustimmung dieser einseitigen Anpassung noch deutlich näher an dem hohen Niveau zu Zeiten der Fluchtbewegung und hat sich seitdem nicht merklich reduziert. Erwähnenswert scheint jedoch auch, dass die Zustimmung zu einer Öffnung seitens der Mehrheitsgesellschaft höher ist als in den Vorjahren, wenn sie auch durchweg niedrige Zustimmungswerte erfährt.

7 Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte: Anpassung Zugewanderte: $\chi^2(2, N = 1.895) = 41,35, p < 0,001$; Anpassung Deutsche: $\chi^2(2, N = 1.824) = 43,93, p < 0,001$.

8 Unterschied zwischen Zugewanderten > 5 Jahre und < 5 Jahre: Anpassung Zugewanderte: $\chi^2(2, N = 468) = 10,03, p = 0,007$; Anpassung Deutsche: $\chi^2(2, N = 463) = 4,71, p = 0,095$.

Tabelle 6

Anpassungsvorstellungen unter den Befragten von 2014 bis 2020 in Prozent

2014		2016		2020	
Annäherung 26,6 %	Adaption 44,0 %	Annäherung 14,3 %	Adaption 62,8 %	Annäherung 13,8 %	Adaption 57,0 %
Öffnung 4,0 %	Neutralität 25,3 %	Öffnung 3,6 %	Neutralität 19,3 %	Öffnung 8,4 %	Neutralität 20,7 %

Annäherung = + Migrant_innen, + Deutsche **Adaption** = + Migrant_innen, - Deutsche

Öffnung = - Migrant_innen, + Deutsche **Neutralität** = - Migrant_innen, - Deutsche

Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten. Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorten, sind nicht abgebildet.

Wie bereits im Jahr 2016 sprechen sich Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärker für die gegenseitige Annäherung zwischen den Gruppen aus (Zustimmung: 18 %) verglichen mit Menschen ohne Einwanderungsgeschichte (Zustimmung: 12 %).⁹ Innerhalb der Gruppe der Zugewanderten zeigt sich ein ähnlicher Trend: Diejenigen, die schon länger in Deutschland

sind (mehr als fünf Jahre), fordern eine stärkere Adaption seitens der Zugewanderten (Zustimmung: 50 %) im Vergleich zur Gruppe, die innerhalb der letzten fünf Jahre nach Deutschland zugewandert ist (Zustimmung: 36 %).¹⁰ Das heißt: Je länger die Menschen in Deutschland leben, desto stärker fordern sie eine einseitige Adaption seitens der neu Hinzugekommenen an die

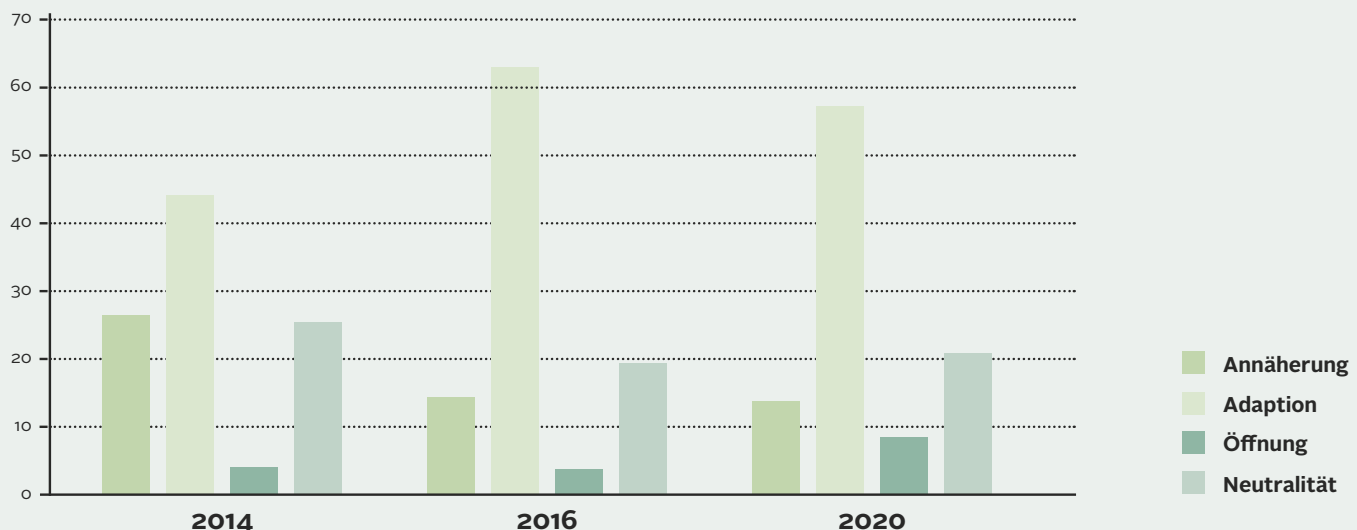
Mehrheitsgesellschaft. Insgesamt zeigt sich, wie schon bei den Akkulturationsorientierungen: Die Zustimmung zur gegenseitigen Annäherung sinkt seit 2014 deutlich; die einseitige Anpassung seitens der Zugewanderten ist und bleibt die am meisten befürwortete Anpassungsvorstellung der Bürger_innen (siehe Abbildung 2).

9 Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte: $\chi^2(3, N = 1.847) = 47,84, p < 0,001$.

10 Unterschied zwischen Zugewanderten > 5 Jahre und < 5 Jahre: $\chi^2(3, N = 452) = 6,55, p = 0,088$.

Abbildung 2

Entwicklung der Anpassungsvorstellungen zwischen 2014 und 2020 in Prozent



Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten der Zustimmung in Prozent

- 2020 befürwortet noch eine Mehrheit die Integration als richtigen Weg in die Gesellschaft beziehungsweise Akkulturationsvariante; die Zustimmung sinkt jedoch seit 2014 kontinuierlich; konkret ist und bleibt die einseitige Anpassung der Zugewanderten die am meisten befürwortete Anpassungsvorstellung. Werden kulturelle Identitäten unwichtiger oder wächst die Nichtanerkennung?

Es scheint, als verbinde die Mehrheit den Erhalt kultureller Identitäten mit vorurteilsbehafteten, separatistischen Tendenzen seitens der neu Hinzugekommenen.

- Die Assimilationsforderung zeigt sich vermehrt auch unter Zugewanderten: Je länger sie in Deutschland sind, desto eher fordern sie von neu Zugewanderten die einseitige Anpassung.

- Die Gleichwertigkeit scheint, im Vergleich zur gesellschaftlichen Teilhabe, mehr Skepsis in der Bevölkerung hervorzurufen und stellt sich damit als zentraler Aspekt der Integrationsdebatte dar.

Soziodemografische Unterschiede in Akkulturationsorientierungen und Anpassungsvorstellungen

Mit Blick auf die soziodemografischen Gruppen und ihre Akkulturationsorientierungen zeigt sich im Jahr 2014 ein Einfluss des Alters der Befragten: Personen im Alter von 36 bis 60 Jahren zeigen sich dem Integrationskonzept offen gegenüber, wohingegen ältere Befragte eher die Assimilation von neu Hinzugekommenen befürworten. In den Jahren 2016 und 2020 sind diese Altersunterschiede jedoch nicht mehr statistisch signifikant. Mit Blick auf die Anpassungsvorstellungen zeigt sich über alle Jahre hinweg: Jüngere sprechen sich stärker für eine gegenseitige Annäherung aus verglichen mit älteren Befragten. Zudem zeigt sich über alle Jahre hinweg: Je höher das Bildungsniveau der Befragten, desto stärker fällt auch deren Zustimmung zur Integration als Akkulturationsvariante aus. Auch stimmen Menschen mit einem hohen Bildungsgrad der gegenseitigen Annäherung zu allen drei Datenerhebungen stärker zu als Menschen mit niedrigen oder mittleren Bildungsgraden. Befragte, die sich politisch links orientieren, zeigen zu allen Zeitpunkten eine stärkere Befürwortung der Integration und der beidseitigen Annäherung verglichen mit Befragten, die sich in der Mitte oder rechts orientieren. Bei Befragten im rechten politischen Spektrum fällt die Marginalisierung, verglichen mit Befragten der anderen politischen Orientierungen, deutlich höher aus.¹¹

¹¹ Alle Ergebnisse zu den dahinterliegenden Tests auf Gruppenunterschiede können beim Projekt angefragt werden.

2 WILLKOMMENSKULTUR 2020

Zu Zeiten der erstarkten Aufnahme von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016 war die **Willkommenskultur** ein zentrales Konzept gesellschaftlicher Aufmerksamkeit sowie medialer und politischer Debatten. Die Willkommenskultur ist einerseits ein soziales, kulturelles und politisches Schlüsselkonzept der Zivilgesellschaft, das sich in einem starken Engagement und Ehrenamt ausdrückt. Auf der anderen Seite ist die Willkommenskultur auch eine Hauptangriffsfläche für rechtspopulistische Bewegungen geworden, da sie ein Bekenntnis zu Migration und zum Einwanderungsland Deutschland bedeutet. Im Jahr 2020 ist nun, fünf Jahre nach der Fluchtbewegung, vom ehemals politischen „Kampfbegriff“ der Willkommenskultur kaum mehr die Rede. Gerade zu Zeiten der Corona-Pandemie und der geschlossenen Grenzen stellt sich die Frage, wie relevant die Willkommenskultur heute noch ist und wie aus dem Willkommen von Zugewanderten nun ein dauerhaftes Ankommen und Beheimaten realisiert werden kann.

Im Projekt ZuGleich wurde erstmals ein zuverlässiges Messinstrument zur Erfassung der Zustimmung zur gesellschaftlichen Willkommenskultur im Jahr 2014 entwickelt. Das Messinstrument umfasst weniger Aktivitäten, die sich als Willkommenskultur manifestieren, wie etwa konkretes Engagement für Geflüchtete, sondern eine offene und akzeptierende Grundhaltung gegenüber Vielfalt sowie ein Heimatkonzept, das Migration als selbstverständlichen Kern einbegreift; also eine Werteorientierung. Es wird unter anderem danach gefragt, wie positiv es bewertet wird, dass Zugewanderte in Deutschland heimisch werden und sich für Deutschland als neue Heimat entscheiden. Seit 2016 werden die dementsprechenden Aussagen auch Zugewanderten vorgelegt.

In Tabelle 7 sind die Zustimmungswerte zu den einzelnen Fragen der Willkommenskultur unter den Befragten von ZuGleich abgebildet. Eine Mehrheit der Bürger_innen spricht sich im Jahr 2020 für eine Willkommenskultur für

Zugewanderte aus. So gefällt es knapp der Hälfte der Befragten, wenn sich Zugewanderte für Deutschland als neue Heimat entscheiden. Gleichzeitig lehnt jede_r Fünfte mehr Vielfalt in der deutschen Gesellschaft ab. Stabil scheint zudem die Kluft zwischen den Meinungen, die Deutschland als Heimat denjenigen zugestehen, die bereits „hier sind“, während gegenüber jenen, die „noch kommen“, eine reservierte Haltung fortbesteht. Etwa 15 Prozentpunkte weniger Befragte äußern im Jahr 2020 Gefallen daran, dass sich Migrant_innen für Deutschland als neue Heimat entscheiden (45 %), während deutlich mehr Befragte (60 %) sich darüber freuen, dass sich Migrant_innen in Deutschland zu Hause fühlen. Diese deutliche Differenz bestand auch schon in den Jahren zuvor.

Tabelle 7

Zustimmung zur Willkommenskultur unter den Befragten des Jahres 2020 in Prozent

Indikatoren	Ablehnung	Zustimmung	n
Es gefällt mir, dass sich so viele Migranten für Deutschland als neue Heimat entscheiden.	27,0 %	44,7 %	972
Ich freue mich darüber, wenn sich immer mehr Migranten in Deutschland zu Hause fühlen.	21,6 %	59,6 %	970
Ich freue mich, Deutschland noch vielfältiger und bunter wird.	20,4 %	62,4 %	971

Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten. Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorten, sind nicht abgebildet.

Die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen der Willkommenskultur fällt unter Menschen mit Einwanderungsgeschichte höher aus im Vergleich zur nicht migrantischen Bevölkerung. So steigen unter ihnen die Freude über Deutschland als neues Zuhause für Zugewanderte sowie der Zuspruch zu mehr Vielfalt auf etwa 70 %.¹² Innerhalb der Gruppe der Zugewanderten bestehen keine Unterschiede im Zuspruch zur Willkommenskultur zwischen denjenigen, die vor fünf Jahren nach Deutschland gekommen sind, und jenen, die kürzer als fünf Jahre in Deutschland sind.

In Abbildung 3 ist die Entwicklung der Zustimmung zur Willkommenskultur der Befragten zwischen 2014 und 2020 abgebildet. Die Zustimmung zur Willkommenskultur erreicht im Jahr 2020 einen Höchstwert; zum ersten Mal sprechen sich über die Hälfte der Befragten für eine stärkere Willkommenskultur aus. Auch die Ablehnung sinkt im Vergleich zu den Vorjahren; gerade verglichen mit 2016 sind es heute deutlich weniger Befragte, die sich klar gegen eine Willkommenskultur aussprechen, mit einem Unterschied von etwa 10 Prozentpunkten. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und

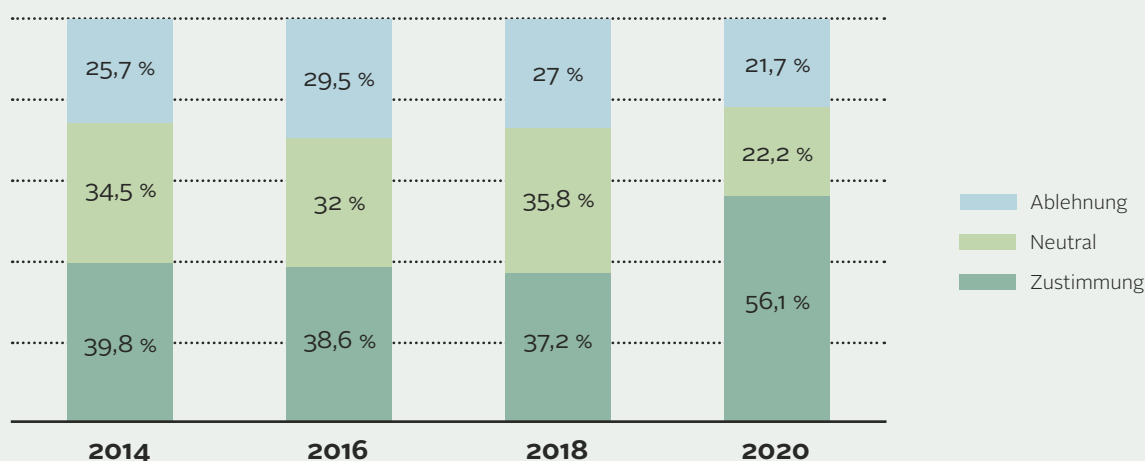
der damit einhergehenden Beschränkung von Mobilität stellt sich die Frage, welche Relevanz die Befürwortung eines Willkommens für Zugewanderte im Jahr 2020 besitzt. Dies auch vor dem Hintergrund, dass der Zuspruch zur Willkommenskultur in der Erhebung des Jahres 2020 keine signifikanten Zusammenhänge zu Einstellungen zur Integration zeigt.¹³

¹² Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte: Heimat: $c2(2, N = 973) = 14,59, p = 0,001$; zu Hause: $c2(2, N = 970) = 11,65, p = 0,003$; Vielfalt: $c2(2, N = 971) = 12,98, p = 0,002$.

¹³ Korrelation zwischen Willkommenskultur und Zuspruch zur Zugehörigkeit, $r = 0,05, n.s.$; Willkommenskultur und Zuspruch zur Gleichwertigkeit, $r = -0,02, n.s.$

Abbildung 3

Zustimmung zur Willkommenskultur unter den Befragten von 2014 bis 2020 in Prozent



Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten in Prozent

Wie bereits im Jahr 2016 befürworten Befragte mit Einwanderungsgeschichte 2020 eine Willkommenskultur stärker. Während die Willkommenskultur unter ihnen im Jahr 2018 noch einen Einbruch verzeichnete um rund 10 Prozentpunkte und sich damit an das Niveau der Befragten ohne Einwanderungsgeschichte anglich, ist in der aktuellen Befragung der Unterschied zwischen den Gruppen wieder hergestellt, sodass sich Menschen mit Einwanderungsgeschichte wieder mehr für ein Willkommen aussprechen im Vergleich zur autochthonen Bevölkerung.

- **2020 nimmt der Zuspruch zur Willkommenskultur unter den Bürger_innen zu, hängt aber nicht mehr mit den Einstellungen zur Integration zusammen. Es stellt sich die Frage nach der Bedeutung einer Willkommenskultur im Jahr 2020 zu Zeiten eingeschränkter Mobilität; sie ist gerade weniger gefordert, weil es kaum Immigration gibt und die Grenzen geschlossen sind.**
- **Auch im Hinblick darauf, dass die Gleichwertigkeit in der Bevölkerung skeptischer betrachtet wird als die gesellschaftliche Teilhabe, scheint das Willkommen von Zugewanderten im Jahr 2020 nicht mehr zu genügen. Im Jahr 2020 geht es – fünf Jahre nach der Fluchtbewegung – nun um die Aushandlung des Zusammenlebens und ein wirkliches Ankommen, das gleichwertig und auf Augenhöhe gestaltet wird.**

Soziodemografische Unterschiede in der Zustimmung zur Willkommenskultur

Mit Blick auf die soziodemografischen Daten und den Zuspruch zur Willkommenskultur zeigt sich bis auf das Jahr 2014 kein Unterschied zwischen den Geschlechtern. Anders verhält es sich mit dem Alter der Befragten: Während sich 2014 und 2016 noch keine Altersunterschiede in der Zustimmung zur Willkommenskultur feststellen lassen, zeigt sich 2018: je jünger die Befragten, desto größer der Zuspruch zur Willkommenskultur. Im Jahr 2020 ist dieser Unterschied zwischen den Altersgruppen jedoch wieder verschwunden. Weiterhin weisen Befragte mit hohem Bildungsgrad im Vergleich zu niedriger Gebildeten in allen Jahren signifikant häufiger eine positive Haltung zur Willkommenskultur und einem offenen Heimatkonzept auf, während zwischen den Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsgrad keine signifikanten Unterschiede vorliegen. Auch die politische Orientierung spielt eine Rolle: Menschen aus dem rechten politischen Spektrum lehnen die Willkommenskultur eher ab verglichen mit Menschen, die sich politisch links oder in der Mitte einordnen.

3 ZUGEHÖRIGKEIT: WAS GEHÖRT DAZU, UM DAZUZUGEHÖREN?

Die Frage, wann Einwander_innen zur Gesellschaft gehören, ist ein zentrales und immer wiederkehrendes Thema in Migrationsdebatten, jenseits aller rechtlichen Bestimmungen. In den öffentlich kontrovers diskutierten Debatten drückt sich die Relevanz der Zugehörigkeit aus, indem der Frage nachgegangen wird, ab wann Menschen mit Migrationsgeschichte deutsch oder vielmehr deutsch genug sind. Das ist nicht nur eine staatsrechtliche, sondern eine hochpolitische sowie soziale Frage, die viele Bürger_innen beschäftigt und gleichzeitig durch rechtspopulistische und -extremistische Gruppen und Parteien besetzt wird. Welche Kriterien müssen Menschen erfüllen, um dazuzugehören? Gehören jene 2,7 Millionen Menschen, die arbeitslos gemeldet sind, oder jene, die nicht dem Christentum angehören (etwa 40 Millionen), weniger zur deutschen Gesellschaft als andere? Braucht es das Gefühl, Deutsche_r zu sein, um als „Mitglied“ anerkannt zu werden?

Seit 2014 misst ZuGleich den **Katalog der Zugehörigkeitskriterien**. Er zeigt, wie geschlossen oder offen die Einstellungsschranke der Bürger_innen ist, wie eng, hart oder weich, erwerbbar oder nicht ihre Zugehörigkeitsanforderungen sind. Wir stellen einen Katalog dafür

auf, was aus Sicht der Bürger_innen zu erfüllen ist, um zur deutschen Gesellschaft dazuzugehören, und wir legen hierfür eine Reihe an Kriterien vor, die von den Befragten in ihrer Wichtigkeit bewertet werden. Neben rein formalen und gleichsam exklusiven Merkmalen (beispielsweise das Geburtsland Deutschland) wurden und werden weiterhin graduelle, also erwerbbar Kriterien angeführt, die eine weichere Definition deutscher Zugehörigkeit zulassen (etwa Erwerb der deutschen Sprache). Je umfassender der Maßstab und damit auch die Kriterienzahl, deren Erfüllung die Befragten für das „Dazugehören“ verlangen, desto stärker sollte auch die Ablehnung und Abwertung verschiedener Gruppen ausfallen. Vor dem Hintergrund der ethnischen und kulturellen Homogenisierung wird damit die Zugehörigkeit respektive Integration in die aufnehmende Gesellschaft erheblich erschwert. Zudem birgt das Aufstellen strikter Kriterien auch die Gefahr einer Internalisierung dieser Anforderungen seitens der Zugewanderten. So zeigten die bisherigen ZuGleich-Befragungen, dass sich Bürger_innen mit und ohne Einwanderungsgeschichte in der Befürwortung von Kriterien für eine Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft und damit den eigenen Assimilationsanforderungen zum Teil stark ähneln.

In Tabelle 8 sind die Zustimmungswerte zu den einzelnen Kriterien des gesamten Katalogs unter den Befragten von ZuGleich 2020 abgebildet. Zahlreiche Kriterien finden im Jahr 2020 eine starke Zustimmung unter den Befragten. Wie schon in den Vorjahren bleiben die deutsche Sprache, die Erwerbstätigkeit und die Achtung der politischen Institutionen und Gesetze von hoher Wichtigkeit, mit Zustimmungswerten über 80 beziehungsweise 90 %. Weniger Relevanz scheint kategorial-exklusiven Kriterien wie Geburtsland, verbrachte Lebenszeit in Deutschland oder Religionszugehörigkeit beigemessen zu werden, die von 25 bis 30 % als bedeutsam erachtet werden. Allerdings entscheidet sich die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft für 40 % der Befragten immer noch klar an der deutschen Staatsangehörigkeit; ein Wert, der im Vergleich zu 2018 um etwa 10 Prozentpunkte angestiegen ist. Auch das erstmals erhobene Kriterium, das fordert, dass neu Hinzugekommene nicht von Sozialhilfe leben sollen, erfährt eine starke Zustimmung; etwa acht von zehn Befragten stimmen diesem Kriterium zu.

Tabelle 8

Zustimmung zur Willkommenskultur unter den Befragten des Jahres 2020 in Prozent

Kriterien	Ablehnung	Zustimmung	n
1 In Deutschland geboren	57,2 %	26,1 %	958
2 Deutsche Staatsangehörigkeit	41,1 %	41,6 %	967
3 Leben in Deutschland	53,2 %	32,5 %	976
4 Deutsche Sprache	3,2 %	94,3 %	967
5 Erwerbstätigkeit	6,2 %	85,8 %	955
6 Pol. Institutionen und Gesetze	2,6 %	92,7 %	953
7 Deutsche Werte und Traditionen	13,3 %	69,7 %	983
8 Einsatz für die Allgemeinheit	4,1 %	81,7 %	961
9 Sich Deutsch fühlen	28,6 %	52,7 %	943
10 Christ sein	50,6 %	27,7 %	927
11 Keine Sozialhilfe	12,3 %	81,5 %	961

Anmerkung:

Das Kriterium 11 „Nicht von Sozialhilfe leben“ wurde im Jahr 2020 erstmalig erhoben. Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten. Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorten, sind nicht abgebildet.

Der Zuspruch zu strikten Kriterien für eine Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft wird besonders von denjenigen gefordert, die keine Einwanderungsgeschichte aufweisen, etwa im Hinblick auf die deutsche Staatsangehörigkeit. Während etwa 36 % der Menschen mit Einwanderungsgeschichte diesem Kriterium zustimmen, steigt die Zustimmung unter der autochthonen Bevölkerung auf 44 %. Auch die Forderungen, die meiste Zeit in Deutschland gelebt zu haben, deutsche Werte und Traditionen zu achten, sich deutsch zu fühlen und Christ zu sein, werden von Befragten ohne Einwanderungsgeschichte stärker befürwortet im Vergleich zu Befragten mit eigener Einwanderungsgeschichte.¹⁴ Auch innerhalb der Gruppe der Befragten mit Einwanderungsgeschichte zeigen sich Unter-

schiede: Hier sind es Kriterien wie das „Sich-Deutsch-Fühlen“, die deutsche Sprache sprechen, aber auch das Geburtsland Deutschland, die in der Gruppe der Menschen, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben, zu mehr Polarisierungen führen, verglichen mit den neu Zugewanderten. In der Gruppe der Zugewanderten, die länger in Deutschland leben, finden sich sowohl stärkere Zustimmungswerte als auch stärkere Ablehnungswerte in Bezug auf diese Kriterien, was darauf hindeutet, dass gerade Themen der deutschen Identität in dieser Gruppe ausgehandelt werden. Während beispielsweise eine Mehrheit der Zugewanderten seit 2015 ablehnt, dass es nötig ist, sich deutsch zu fühlen, sind es in der Gruppe der Zugewanderten vor 2015 etwa 40 %, die diesem Kriterium zustimmen, während

gleichzeitig 30 % eine klare Ablehnung zeigen.¹⁵ Hier scheint also jede gesellschaftliche Gruppe die für die eigene Zugehörigkeit relevanten und brisanten Kriterien als wichtig zu erachten.

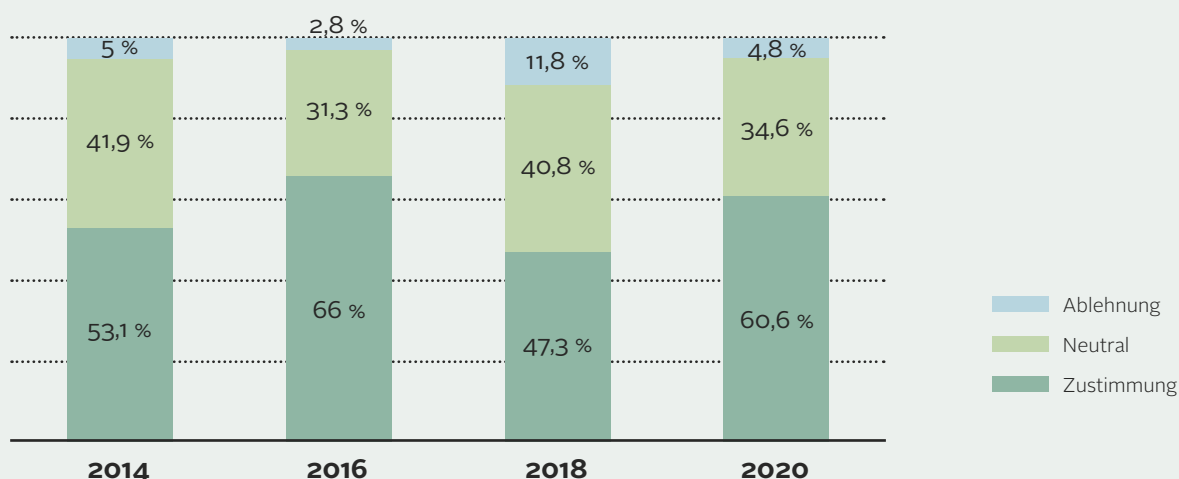
In Abbildung 4 ist die Entwicklung der Zustimmung zum Katalog der Zugehörigkeitskriterien unter den Befragten zwischen 2014 und 2020 abgebildet. Die Zustimmung zum Gesamtkatalog der Kriterien erreicht im Jahr 2020 einen Wert, der beinahe an den Höchstwert des Jahres 2016 heranreicht. Für die Gesamtzustimmung berechnen wir dabei den Mittelwert der Zustimmungen zu allen elf Kriterien. Damals forderten 66 % der Befragten strikte Kriterien für eine Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft; in der aktuellen Befragung sind es 60 %.

14 Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte: Deutsche Staatsangehörigkeit: $\chi^2(2, N = 967) = 6,21, p = 0,045$; Lebenszeit in Deutschland: $\chi^2(2, N = 975) = 6,57, p = 0,037$; deutsche Werte & Traditionen: $\chi^2(2, N = 982) = 9,72, p = 0,008$; sich deutsch fühlen: $\chi^2(2, N = 942) = 55,45, p < 0,001$; Christ sein: $\chi^2(2, N = 927) = 24,69, p < 0,001$.

15 Unterschied zwischen Zugewanderten > 5 Jahre und < 5 Jahre: in Deutschland geboren: $\chi^2(2, N = 224) = 11,04, p = 0,004$; deutsche Sprache: $\chi^2(2, N = 226) = 6,56, p = 0,038$; sich deutsch fühlen: $\chi^2(2, N = 223) = 18,82, p < 0,001$; Christ sein: $\chi^2(2, N = 221) = 15,50, p < 0,001$.

Abbildung 4

Zustimmung zu Zugehörigkeitskriterien unter den Befragten von 2014 bis 2020 in Prozent



Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten in Prozent

Im Vergleich zur Erhebung im Jahr 2018 liegt in der aktuellen Erhebung eine Zunahme der Wichtigkeit aller Kriterien vor. Besonders die Zustimmung zu Kriterien wie der christlichen Religion oder dem Geburtsland steigt im Vergleich zu 2018 um mehr als 10 Prozentpunkte. Zudem zeigen sich, im Gegensatz zur Erhebung 2018, wieder Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte, mit einer stärkeren Zustimmung zum Kriterienkatalog seitens der autochthonen Bevölkerung.

- **2020 nimmt der Zuspruch zum Katalog der Zugehörigkeitskriterien im Vergleich zu 2018 deutlich zu und erreicht beinahe wieder das Niveau des Jahres 2016. Wie schon in den Vorjahren werden graduell erwerbbar Kriterien, wie der Erwerb der deutschen Sprache oder die Achtung der Institutionen und Gesetze, stärker befürwortet als kategoriale Kriterien.**
- **Sowohl die Einwanderungsgeschichte als auch die Aufenthaltsdauer in Deutschland haben einen Einfluss darauf, welche Kriterien als besonders wichtig für die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft erachtet werden. Es scheint, als erachte jede Gruppe die für die Aushandlung der eigenen Identitäten relevanten Kriterien als bedeutsam.**

Soziodemografische Unterschiede in der Zustimmung zu den Kriterien der Zugehörigkeit

Es zeigen sich wie in den Erhebungen zuvor keine Geschlechtsgruppenunterschiede in den Zugehörigkeitskriterien. Anders verhält es sich mit dem Alter der Befragten. Wie in den Befragungen zuvor steigen die Ansprüche an eine Zugehörigkeit mit dem Alter. Auch der Bildungsgrad spielt außer im Jahr 2018 eine signifikante Rolle. Die drei Bildungsgruppen unterscheiden sich signifikant voneinander, indem mit zunehmendem Bildungsgrad ein weniger restriktives Zugehörigkeitskonzept vorliegt. Für 2018 zeigt sich jedoch kein signifikanter Unterschied zwischen Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsgrad in der jeweils beigemessenen Wichtigkeit der Kriterien. Letztlich spielt auch die politische Orientierung eine Rolle: 2014 bis 2018 befürworteten Menschen aus dem rechten politischen Spektrum die Zugehörigkeitskriterien mehr, verglichen mit Menschen, die sich politisch links einordnen. Im Jahr 2020 sind es dagegen besonders Menschen aus der politischen Mitte, die Kriterien für eine Zugehörigkeit fordern.

4 ETABLIERTENVORRECHTE UND ÜBERVORTEILUNGEN

Für eine Integrationsgesellschaft ist es unerlässlich, dass das Verhältnis zwischen der nicht migrantischen Bevölkerung und den Eingewanderten von Offenheit, Anerkennung und Willkommenheißung geprägt ist. Migrationsprozesse sind immer mit Konflikten und Auseinandersetzungen um Ressourcen, Identitäten und Werte verbunden. In Teilen der Bevölkerung werden die Befürwortung von Vielfalt und der Wunsch nach einer stärkeren Willkommenskultur von mehr oder minder stärkeren Widerständen und Grenzen durchkreuzt, deren Überschreitung mitunter große Empörung auslöst. Die Überzeugung, gewisse Vorrechte auf ein geglaubtes Monopol an verschiedenen Ressourcen gegenüber den „Neuen“ zu besitzen, kann die Wahrnehmung bestärken, die eigene etablierte gesellschaftliche Position würde durch die Migration infrage ge-

stellt. Konflikte zwischen jenen, die sich als „Etablierte“ verstehen, und jenen, die sie als „Außensteiter“ in der Gesellschaft betrachten, ebnen dabei den Weg für Diskriminierung und Feindseligkeit, indem den Eingewanderten Rechte vorenthalten oder gar ganz abgesprochen werden und ihre Gleichwertigkeit demnach nicht anerkannt wird. Der Konflikt um die Vorrechte kann vom Anspruch begleitet sein, die Aufrechterhaltung und Sicherung von Traditionen und Wertvorstellungen, von symbolischen Räumen und Hierarchien verstärkt einzuklagen (vergleiche Elias & Scotson, 1965). Solche Konflikte äußern sich in den zentralen Integrationsfragen sehr deutlich: Wer sollte, kann und darf an kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gütern teilhaben? Wem steht unter welchen Umständen etwas zu? Gilt das gleiche Recht für alle?

Seit 2014 erhebt ZuGleich, inwieweit die Bürger_innen **Etabliertenvorrechte** für sich einfordern, und benennt damit eine weitere Schranke der Integrationsbereitschaft. Wir erfragten dabei in den Vorjahren die Etabliertenvorrechte als allgemeine Einstellung gegenüber denjenigen, die als „Neue“ irgendwo dazukommen, frei von jeglicher expliziten Assoziation mit Migrant_innen. Die Frage war, wie sich Menschen verhalten sollen, die irgendwo „neu“ sind, beziehungsweise welche Rechte ihnen im Vergleich zu denjenigen zugesprochen werden sollen, die bereits länger da sind. In der vierten ZuGleich-Erhebung wurde die vormals verwendete Skala der Etabliertenvorrechte zum ersten Mal mit einem direkten Bezug auf die deutsche Integrationsgesellschaft modifiziert. Die einzelnen Fragen dazu und die Zustimmung unter den Befragten sind in Tabelle 9 dargestellt.

Tabelle 9

Zustimmung zu den Etabliertenvorrechten unter den Befragten des Jahres 2020 in Prozent

Wer in Deutschland neu ist bzw. später dazu kommt, ...	Ablehnung	Zustimmung	n
...der sollte sich mit weniger zufrieden geben.	39,3 %	38,5 %	1.883
...dem sollte genauso viel zustehen wie allen anderen auch.	26,9 %	48,9 %	1.908
...der sollte auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erheben.	42,0 %	34,4 %	1.949

Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten. Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorten, sind nicht abgebildet. Die Etabliertenvorrechte wurden 2020 erstmals mit einem konkreten Bezug zu Deutschland gemessen.

Im Jahr 2020 finden die Etablierten-vorrechte eine starke Zustimmung unter den Bürger_innen. Beinahe 40 % der Befragten meinen, wer neu nach Deutschland kommt, solle sich mit weniger zufriedengeben, und immerhin etwa ein Viertel der Befragten lehnt die Aussage ab, dass jedem gleich viel zustehen sollte.

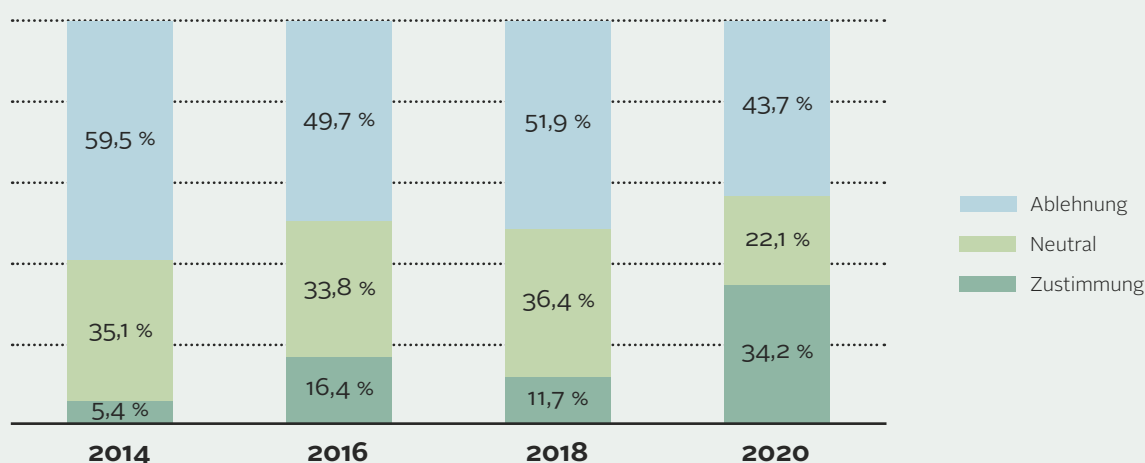
Befragte ohne Einwanderungsgeschichte fordern im Vergleich zu Befragten, die nach Deutschland eingewandert sind, stärkere Vorrechte für vermeintlich Etablierte. Diesen Unterschied konnten wir zuletzt in der ZuGleich-Erhebung des Jahres 2014 beobachten, wohingegen sich die Unterschiede zu Zeiten der starken Fluchtbewegung nicht mehr zeigten.

Während etwa 30 % der Menschen ohne Einwanderungsgeschichte meinen, den Neuen in der Gesellschaft solle nicht so viel zustehen wie den Etablierten, sinkt die Zustimmung unter den Befragten mit Einwanderungsgeschichte um beinahe die Hälfte auf etwa 17 %. Zudem sind in der autochthonen Bevölkerung etwa 40 % der Meinung, neu Hinzugekommene sollten keine Ansprüche oder Forderungen stellen; dieser Meinung sind etwa 26 % der Menschen mit eigener Einwanderungsgeschichte.¹⁶ Innerhalb der Gruppe der Befragten mit Einwanderungsgeschichte zeigen sich keine Unterschiede zwischen denen, die bereits länger als fünf Jahre in Deutschland sind, und jenen, die im Zeitraum der letzten fünf Jahre nach Deutschland eingewandert sind.

In Abbildung 5 ist die Entwicklung der Zustimmung zu den Etablierten-vorrechten unter den Befragten zwischen 2014 und 2020 abgebildet. Die Zustimmung zu den Etablierten-vorrechten erreicht im Jahr 2020 einen Höchstwert: Zum ersten Mal seit 2014 zeigt die Zustimmung zur Gesamtskala der Etablierten-vorrechte einen Wert über 30 %. Damit ist die Zustimmung im Jahr 2020 mehr als doppelt so hoch wie zur Zeit der erstarkten Fluchtbewegung im Jahr 2016. Es ist anzunehmen, dass der konkrete Bezug zu Deutschland für diesen starken Zuwachs verantwortlich ist, indem die eher abstrakte Formulierung des Konzepts in den Vorjahren die eigentliche Schärfe der Forderung womöglich „verschleiert“ hat.

¹⁶ Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte: weniger zufrieden: $\chi^2(2, N = 1.883) = 18,83, p < 0,001$; genauso viel zustehen: $\chi^2(2, N = 1.909) = 71,04, p < 0,001$; keine Forderungen: $\chi^2(2, N = 1.950) = 35,35, p < 0,001$.

Abbildung 5
Zustimmung zu Etablierten-vorrechten unter den Befragten von 2014 bis 2020 in Prozent



Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten in Prozent

Im Vergleich zum Jahr 2018 liegt in der aktuellen Erhebung eine stärkere Zustimmung zu allen einzelnen Forderungen vor, die zugleich über die Jahre hinweg kontinuierlich beobachtet. Während im Vergleich zwischen 2016 und 2018 das Prinzip des gleichen Rechts für alle noch an Zuspruch gewann und sich die Etabliertenforderungen insgesamt um etwa 5 Prozentpunkte reduzierten, ist von dieser Reduzierung im Jahr 2020 keine Rede mehr. Geht es konkret darum, wie sich diejenigen verhalten sollen, die neu nach Deutschland kommen, scheint doch ein stabiles Drittel der Befragten spezielle Forderungen an die neu Hinzugekommenen zu stellen.

- **Im Jahr 2020 nimmt die Forderung von Etabliertenvorrechten deutlich zu – womöglich durch den nun konkreten Bezug zur deutschen Gesellschaft. Fraglich bleibt, inwieweit die Ergebnisse mit den Vorjahren zu vergleichen sind. Besonders in der nicht migrantischen Bevölkerung ist 2020 die Forderung von Vorrechten für die eigene Gruppe stark ausgeprägt und stellt damit eine Schranke für die wirkliche Gleichheitsanerkennung für alle Bürger_innen dar.**

Soziodemografische Unterschiede in der Zustimmung zu den Etabliertenvorrechten

Es zeigt sich in 2020 wie in den Vorjahren kein Einfluss des Geschlechts der Befragten auf die Zustimmung zu den Etabliertenvorrechten. Dafür zeigt sich, wie bereits in den Vorjahren, dass ältere Menschen signifikant häufiger auf ihrem Vorrecht gegenüber neu Hinzugekommenen bestehen als jüngere Menschen. Während sich in den Jahren 2014 und 2016 die 18- bis 35-Jährigen und 36- bis 60-Jährigen nicht signifikant voneinander unterschieden, ist dies im Jahr 2020, ähnlich im Jahr 2018, wieder der Fall. Vergleichbar zu 2016 hat der Bildungsgrad der Befragten im Jahr 2020 keinen signifikanten Einfluss auf die Forderung von Etabliertenvorrechten. Im Jahr 2018 enthielten Befragte mit hohem Bildungsgrad neu Hinzugekommenen signifikant seltener spezifische Rechte vor verglichen mit Personen mit niedrigeren Abschlüssen. Letztlich hat auch, wie in allen bisherigen Datenerhebungen, die politische Orientierung der Befragten einen Einfluss auf die Forderung von Etabliertenvorrechten. Befragte, die sich politisch links orientieren, tendieren im Vergleich zu Befragten in der politischen Mitte und im politisch rechten Spektrum weniger dazu, Vorrechte für gesellschaftlich Etablierte einzufordern.

5 KULTUREN DER ABWEHR

Positive Einstellungen gegenüber einer Willkommenskultur, die Offenheit gegenüber Vielfalt und die Bereitschaft zur Kooperation wie zum Zusammenleben mit Menschen, die zugezogen sind und anders erscheinen, finden ihre Grenzen durch die negative Beurteilung von Individuen und Gruppen, wie sie in Stereotypen, Vorurteilen und Diskriminierungsneigungen ausgedrückt werden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten (Zick & Küpper, 2021) können sich dabei gegen unterschiedliche Gruppen richten und stellen ein Hindernis für das Gelingen eines Zusammenlebens dar, das von Vielfalt und Offenheit geprägt ist. Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist somit ein stabiles Muster von Vorurteilen und Feindseligkeiten aus einem Teil der Bevölkerung, welches als direktes Hindernis für die Aushandlung von Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit, aber auch als Erklärungsfaktor für die „Schranken“ der Integration, also Forderungen strikter Zugehörigkeitskriterien und Vorrechte für vermeintlich Etablierte, gelten kann. Somit steht die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Zusammenhang mit einer generellen Kultur der Abwehr und Abwertung von Vielfalt.

Im Rahmen von ZuGleich wurden zu allen Datenerhebungen Menschenfeindlichkeiten gegenüber Gruppen erfasst, die für den Fokus der Einwanderung besonders relevant sind, also gegenüber vermeintlich Fremden, Geflüchteten und Muslim_innen. Die Feindlichkeit gegenüber Menschen mit Einwanderungsgeschichte wurde im Rahmen von ZuGleich mit einer Skala erhoben, welche die Abwertung von Migrant_innen erfasst. Diese Skala misst Exklusionsforderungen sowie die Ablehnung einer kulturellen Bereicherung durch Migrant_innen in Deutschland. Somit bezieht sich die Feindlichkeit gegenüber Migrant_innen auf die Ablehnung und Abwertung von Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen kulturellen Gruppenzugehörigkeit. Welche Gruppe dabei von der deutschen Mehrheitsbevölkerung als fremd oder anders wahrgenommen beziehungsweise kategorisiert wird, ist zwar sozial-historisch bedingt, bezieht sich jedoch seit geraumer Zeit vor allem auf als Migrant_innen wahrgenommene Personen. Vor dem Hintergrund der verstärkten Fluchtbewegung in den Jahren 2015 und 2016 wurde im Rahmen von ZuGleich zudem ab dem Jahr 2016 eine Skala zur Abwer-

tung von Geflüchteten in die Umfrage inkludiert. Die Skala misst sozial geteilte Vorurteile und feindselige Einstellungen gegenüber Geflüchteten. Sie umfasst verschiedene Aspekte der Einstellungen zur Fluchtbewegung, wie beispielsweise Forderungen, Geflüchtete in ihre Heimatländer zurückzuschicken. Letztlich erheben wir seit 2014 im Rahmen von ZuGleich die Abwertung und Ablehnung von Menschen muslimischen Glaubens, Einstellungen zu Exklusionsforderungen von Muslim_innen sowie die wahrgenommene Gefahr muslimischen Einflusses in der deutschen Gesellschaft.

Die Zustimmung zu den einzelnen Facetten der Kulturen der Abwehr unter den Befragten ist in Tabelle 10, 11 und 12 dargestellt. Im Jahr 2020 zeigen sich hohe Werte der Fremdenfeindlichkeit unter den Befragten. Etwa 40 % der Befragten meinen, es lebten zu viele Migrant_innen in Deutschland, und mehr als jede_r Dritte ist der Meinung, man solle die Zahl der Migrant_innen in Deutschland begrenzen. Immerhin jede_r Fünfte ist nicht der Meinung, dass die Anwesenheit von Migrant_innen die Anerkennung von Vielfalt und Unterschieden fördere.

Tabelle 10

Feindlichkeit gegenüber Eingewanderten unter den Befragten des Jahres 2020 in Prozent

Indikatoren	Ablehnung	Zustimmung	n
Die Anwesenheit von Migranten in Deutschland fördert die Anerkennung von unterschiedlichen Lebensweisen.	18,8 %	47,8 %	1.294
Es leben zu viele Migranten in Deutschland.	38,5 %	40,5 %	1.288
Die Zahl der in Deutschland lebenden Migranten sollte begrenzt werden.	33,0 %	35,2 %	1.311

Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten. Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorten, sind nicht abgebildet. Die Fremdenfeindlichkeit wurde im Rahmen von ZuGleich 4 nur bei Bürger_innen ohne Einwanderungsgeschichte erhoben.

Die Abwertung von Geflüchteten erreicht im Jahr 2020 verglichen mit der Fremdenfeindlichkeit etwas niedrigere Zustimmungswerte. Beinahe 60 % der Befragten sprechen sich dafür aus, dass die Religionszugehörigkeit bei der Aufnahme von Geflüchteten keine Rolle

spielen solle, und mehr als die Hälfte der Bürger_innen sprechen sich zudem für den Nachzug von Ehepartner_innen und Kindern aus. Gleichzeitig ist mehr als jede_r Dritte der Meinung, auf lange Sicht sollten Geflüchtete wieder in ihre Heimatländer zurückkehren. Dies

zeigt: Es soll aus Sicht der Bürger_innen zwar ein Willkommen ermöglicht werden; einem dauerhaften Ankommen steht aber doch ein recht großer Teil der Befragten skeptisch gegenüber.

Tabelle 11

Abwertung von Geflüchteten unter den Befragten des Jahres 2020 in Prozent

Indikatoren	Ablehnung	Zustimmung	n
Die Religionszugehörigkeit sollte keine Rolle bei der Aufnahme von Geflüchteten spielen.	22,4 %	57,6 %	1.938
Sobald sich die Lage verbessert hat, sollten die Geflüchteten dorthin zurückgeschickt werden.	44,1 %	36,2 %	1.926
Es sollte Geflüchteten erlaubt sein, ihre Ehepartner und Kinder nachzuholen.	23,0 %	50,7 %	1.976

Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten. Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorten, sind nicht abgebildet.

Tabelle 12

Muslimfeindlichkeit unter den Befragten des Jahres 2020 in Prozent

Indikatoren	Ablehnung	Zustimmung	n
Die Zahl der Muslime in Deutschland soll begrenzt werden.	34,1 %	36,9 %	1.685
Es leben zu viele Muslime in Deutschland.	38,5 %	27,3 %	1.673
Die muslimische Kultur hat einen gefährlichen Einfluss auf die deutsche Kultur.	44,5 %	33,5 %	1.714

Anmerkung:

Abbildung der addierten und gewichteten Häufigkeiten. Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorten, sind nicht abgebildet.

Befragte ohne Einwanderungsgeschichte zeigen eine verstärkte Abwertung von Geflüchteten verglichen mit Menschen mit eigener Einwanderungsgeschichte. Da wir im Jahr 2020 erstmalig Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichten bezüglich menschenfeindlicher Einstellungen gefragt haben, ist hier ein Vergleich zu den Vorjahren nicht möglich. Während unter den Befragten ohne Einwanderungsgeschichte sich etwa 40 % für ein dauerhaftes Verbleiben von Geflüchteten in Deutschland und damit gegen das Zurückschicken in die Heimatländer aussprechen, steigt dieser Anteil unter den Befragten mit Einwanderungsgeschichte auf knapp über 50 %.¹⁷ Innerhalb der Gruppe der Befragten mit Einwanderungsgeschichte zeigen sich keine Unterschiede zwischen denen, die bereits länger als fünf Jahre in Deutschland sind, und jenen, die im

Zeitraum der letzten fünf Jahre nach Deutschland eingewandert sind. Mit dem Blick auf feindselige Einstellungen gegenüber Muslim_innen ist jede_r Dritte der Befragten der Meinung, die Zahl der Muslim_innen in Deutschland solle begrenzt werden. Ähnlich meinte etwa ein Drittel der Befragten, die muslimische Kultur sei eine Gefahr für Deutschland. Gleichzeitig sprechen sich immerhin 40 % der Befragten gegen die Annahme aus, es lebten zu viele Muslim_innen in Deutschland. In der Muslimfeindlichkeit zeigen sich erstmals andere Unterschiede zwischen Befragten mit und ohne Einwanderungsgeschichte: Hier sind es erstmals die Bürger_innen mit eigener Einwanderungsgeschichte, die sich für eine stärkere Begrenzung der Zahl der Muslim_innen in Deutschland aussprechen. Nur etwas mehr als ein Viertel lehnen dies ab (29 %). In der

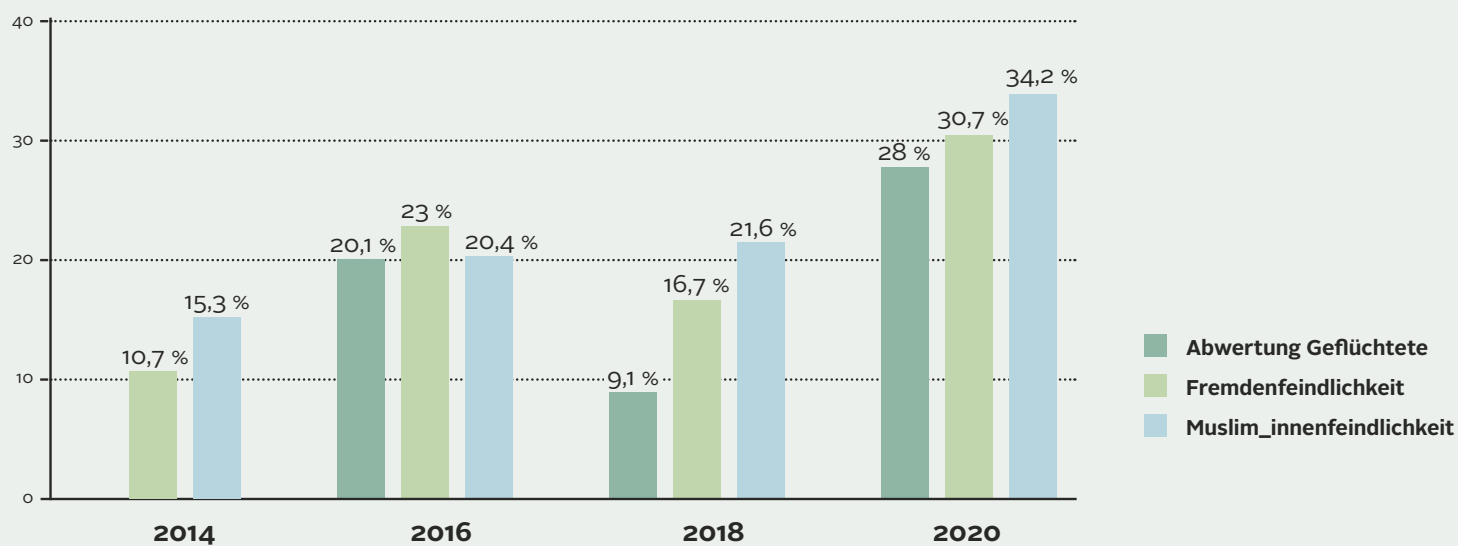
nicht migrantischen Bevölkerung steigt die Ablehnung auf etwa 36 %.¹⁸ Innerhalb der Gruppe der Befragten mit Einwanderungsgeschichte zeigen sich keine Unterschiede in der Ausprägung der Muslimfeindlichkeit. Es bleibt zu spekulieren, woher diese Unterschiede zwischen den zwei Gruppen stammen. Unter Umständen spricht die stärkere Skepsis der migrantischen Befragten für den Umstand, dass gerade die Gruppe der Muslim_innen in den letzten Monaten häufig das Zentrum politischer und gesellschaftlicher Debatten bildete im Hinblick auf Religionsausübung, kulturelle Diversität und Toleranz. Ein Wunsch nach stärkerer Begrenzung mag hier auch die Forderung darstellen, als Gruppe der Menschen mit Einwanderungsgeschichte nicht unter „Generalverdacht“ gestellt zu werden.

17 Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte: $\chi^2 > 21,36$, $p < 0,001$.

18 Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte: Begrenzung der Zahl: $\chi^2(2, N = 1.684) = 9,82$, $p = 0,007$.

Abbildung 6

Kulturen der Abwehr unter den Befragten von 2014 bis 2020



Anmerkung:

Abbildung der Zustimmungswerte zu den einzelnen Facetten (Gesamtskalen) in Prozent

In Abbildung 6 ist die Entwicklung der einzelnen Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zwischen 2014 und 2020 abgebildet. Die Zustimmungswerte bei den drei Facetten zeigen im Jahr 2020 den höchsten Wert seit Beginn der ZuGleich-Studie. Während die Fremdenfeindlichkeit und die Abwertung von Geflüchteten eine dynamische Entwicklung mit einem Anstieg wie zu Zeiten der Fluchtbewegung im Jahr 2016 zeigen, ist die Muslimfeindlichkeit die einzige Facette, deren Zustimmungswerte seit 2014 kontinuierlich ansteigen.

- Im Jahr 2020 nehmen integrationsfeindliche Einstellungen deutlich zu, mit Höchstwerten in der Fremdenfeindlichkeit, der Abwertung von Geflüchteten und der Muslimfeindlichkeit. Auch in der migrantischen Bevölkerung zeigt sich eine stärkere Skepsis gegenüber der Anzahl der Muslim_innen in Deutschland.**

Soziodemografische Unterschiede in den Kulturen der Abwehr

Es zeigt sich kein beständiger Einfluss des Geschlechts der Befragten auf die Zustimmung zur Fremdenfeindlichkeit, zur Abwertung von Geflüchteten oder zur Muslimfeindlichkeit. Lediglich im Jahr 2018 zeigen sich männliche Befragte etwas fremden- und muslimfeindlicher verglichen mit weiblichen Befragten. In den Jahren 2014 bis 2018 zeigen sich ältere Befragte feindlicher und ablehnender gegenüber den verschiedenen Gruppen verglichen mit jüngeren Befragten. Im Jahr 2020 spielt das Alter hier keine signifikante Rolle mehr. Vergleichbar zu den Vorjahren hat der Bildungsgrad der Befragten einen starken Einfluss, insbesondere auf die Facetten der Fremdenfeindlichkeit und der Muslimfeindlichkeit, mit niedrigeren Werten unter Menschen mit hohen Bildungsgraden. Lediglich bezogen auf die Abwertung von Geflüchteten zeigt sich im Jahr 2020 erstmalig kein Bildungseffekt mehr. Letztlich hat auch wie in allen bisherigen Datenerhebungen die politische Orientierung der Befragten einen starken Einfluss auf die Zustimmung zu den drei Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Befragte, die sich politisch links orientieren, tendieren im Vergleich zu Befragten in der politischen Mitte und im politischen rechten Spektrum weniger dazu, Migrant_innen, Geflüchtete sowie Muslim_innen abzuwerten.

EIN FAZIT

ZUR ZUGEHÖRIGKEIT UND GLEICHWERTIGKEIT 2020

Zum vierten Mal hat die Studie ZuGleich im Jahr 2020 repräsentativ ausgewählte Bürger_innen nach ihren Meinungen, Haltungen und Einstellungen zu Integrations- und Migrationsprozessen befragt. Damit erfragte ZuGleich wiederholt, wer aus Sicht der Bürger_innen wann und unter welchen Voraussetzungen zur Gesellschaft gehört und welche Gruppen von den Bürger_innen als gleichwertig, aber auch als ungleichwertig angesehen werden. Diese Fragen stellte die Studie zu einer Zeit, in der durch die herrschende Corona-Pandemie kaum Migration und Zuwanderung stattfanden und auch das Ausmaß der interkulturellen Begegnungen wie Erfahrungen durch die Distanzregeln oder den Lockdown begrenzt wurde. Zudem hat ein Großteil der Bürger_innen durch die Pandemielage und die damit verbundenen Einschränkungen mit großen persönlichen und sozialen Belastungen zu kämpfen, mit Isolation, wenig Kontakten und wenig Austausch. Die Mitte-Studie 2021 zeigt tatsächlich, dass „Zuwanderung“ als Bedrohung für das Land nur von einer Minderheit wahrgenommen wird. Gleichzeitig war aber das Jahr 2020 medial geprägt von Debatten über menschenfeindliche Einstellungen, Rassismus und die Frage, wie ein Zusammenleben in kultureller, religiöser und ethnischer Vielfalt gelingen kann. Auch Signalereignisse wie etwa das Attentat von Hanau im Februar 2020, aber auch die Ermordung von George Floyd im Mai 2020 führten trotz Lockdown und Pandemie zu (weltweiten) Protesten, Bewegungen und Diskussionen um Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit.

Die deutsche Gesellschaft hat sich in ihrem Ausnahmezustand noch einmal verändert; zumindest zum Zeitpunkt der ZuGleich-Erhebung 2020 mitten im Lockdown. Während die Zäsur in der bisherigen Migrationspolitik besonders zu Zeiten der Fluchtbewegung 2016 zu kontroversen und aufgeheizten Debatten führte, haben sich seitdem die Einstellungen der Bürger_innen zu den zentralen Aspekten der Integration und damit auch die aktuellen Fragen des Zusammenlebens und der Akkulturation mittlerweile fünf Jahre nach der Fluchtmigration geändert und weiterentwickelt. Mehr als noch in den Vorjahren geht es den Bürger_innen heute um Fragen, wie das Zusammenleben praktisch gestaltet werden kann, nachdem Migrationsbewegungen die deutsche Gesellschaft nachhaltig verändert haben und rechtspopulistische wie rechtsextreme Kräfte das Thema in Hasskampagnen verzerrt haben. Neben dem Dazukommen und Fragen der Zugehörigkeit geht es insbesondere auch um die erlebte und gewährte Gleichwertigkeit von kulturellen Identitäten und Lebensweisen denen gegenüber, die mittlerweile in Deutschland eine Heimat gefunden haben.

Die entscheidende Frage ist heute weniger, wer nach Deutschland kommen darf, sondern vielmehr: Wie stellen sich die Bürger_innen das Zusammenleben in der Vielfalt, die in Deutschland bereits Normalität geworden ist, vor? Herrscht eine gelebte Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensweisen oder bestehen doch noch Hierarchien seitens der vermeintlich Etablierten? Wie steht es um die Nachkommen von Einwander_innen, die auf der einen

Seite ehemals kulturelle Identitäten fortführen und auf der anderen Seite hybride, neue deutsche Identitäten bilden? Ändern sich mittlerweile die Konzepte des „Deutschseins“ und die Wahrnehmung derer, die „fremd“ sind? Wer diese Fragen stellt, fragt nicht nur nach einem gesellschaftlichen oder institutionellen Hinzukommen, sondern nach einem wirklichen Ankommen und einer Beheimatung in sozialen Nahräumen, wie Kommunen, Städten und konkreten Nachbarschaften. Dies besonders vor dem Hintergrund, dass die meisten vermeintlich Etablierten selbst eine Einwanderungsgeschichte besitzen und sich häufig selbst in der Aushandlung ihrer Identitäten und Rollen befinden. Es braucht, das lassen die Daten schließen, nachvollziehbare inklusive Konzepte von Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit fernab von Vorurteilen, Hindernissen und Schranken, die ein gleichwertiges Miteinander verhindern und erschweren. Die Daten des Jahres 2020 zeigen, dass Skepsis und Feindseligkeit gegenüber Fragen der Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit häufig nicht mehr auf dem Niveau von noch 2016 sind, sich jedoch im Gesamtverlauf und auch im Vergleich zu 2018 noch einmal deutlich verschärft haben.

Abstrakt befürwortet immer noch eine Mehrheit der Bürger_innen die Integration als Akkulturationsvariante, also die gesellschaftliche Teilhabe und den gleichzeitigen Erhalt kultureller Identitäten. Gleichzeitig nimmt die Befürwortung der Integration seit 2014 kontinuierlich ab und sinkt aktuell erstmalig unter 50 %. Konkret ist und bleibt die einseitige Anpassung der Eingewanderten die meistgeteilte Forde-

rung der Bürger_innen. Über 60 % der Befragten meinen, die Zugewanderten müssten sich mehr anpassen, während ein ähnlich großer Anteil der Befragten diese Anpassung seitens der Deutschen deutlich ablehnt. Seit 2014 sinkt die Befürwortung einer gegenseitigen Annäherung durch Autochthone und Eingewanderte von ursprünglich etwa 27 % auf etwa 14 % und erreicht damit einen Tiefstand, der noch unter dem Wert von 2016 liegt. Wie schon 2016 sind die Anpassungsforderungen unter den Autochthonen stärker als unter den Befragten mit Einwanderungsgeschichte. Doch auch unter ihnen wird deutlich: Je länger die Menschen in Deutschland leben, desto stärker fordern sie eine einseitige Adaption seitens der neu Hinzugekommenen an die Mehrheitsgesellschaft.

Ein positiverer Trend zeigt sich dagegen in der Entwicklung einer Willkommenskultur, die sich maßgeblich an einem offenen Heimatkonzept und der Wertschätzung von Vielfalt messen lässt. Sie gewinnt im Jahr 2020 deutlich an Zuspruch und wird erstmals von über 50 % der Befragten befürwortet. Besonders Menschen mit Einwanderungsgeschichte zeigen sich wieder positiver gegenüber einer Willkommenskultur als noch 2018, mit über 70 % unter ihnen, die sich freuen, dass Deutschland ein neues Zuhause für Eingewanderte wird. Gerade zu Zeiten der Corona-Pandemie und der fehlenden Migration stellt sich jedoch die kritische Frage: Ist das Konzept der Willkommenskultur im Jahr 2020 überhaupt noch relevant? Die Analysen sprechen dagegen. Die Zustimmung zur Willkommenskultur hängt in der aktuellen Erhebung nicht mehr

mit den Einstellungen zu Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit zusammen. Das pure „Willkommenheißen“ und die Anerkennung von formaler Zugehörigkeit versprechen nicht notwendigerweise das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und Sichtbarkeit. Noch weniger sagt die Willkommenskultur etwas darüber aus, inwieweit Menschen kulturellen Identitäten und Lebensformen Anerkennung und Wertschätzung zumessen und dies unabhängig von der Aufenthaltsdauer, der formellen Staatsangehörigkeit oder auch der Sichtbarkeit in lokalen und regionalen Räumen.

Dementsprechend zeigt sich im Jahr 2020 noch eine starke Forderung von Kriterien für eine Zugehörigkeit zu Deutschland, die eine Schranke für die gesellschaftliche Teilhabe darstellt. Zwar werden vonseiten der Bürger_innen wie bereits in den Vorjahren eher graduell erwerbbar Kriterien als wichtig erachtet; jedoch erreicht die Zustimmung zum gesamten Kriterienkatalog beinahe wieder das Niveau von 2016. Auch die eigene Einwanderungsgeschichte und die Aufenthaltsdauer spielen eine Rolle für die Wahrnehmung und Befürwortung bestimmter Kriterien. Es scheint, als erachte jede Gruppe die für die Aushandlung der eigenen Identität relevanten Kriterien als bedeutsam. Von einer bedingungslosen Zugehörigkeit ist auf Basis der Daten der ZuGleich-Studie noch keine Rede. Ähnlich steht es um eine andere Schranke zur Annäherung von Gruppen und zur Herstellung von Gleichwertigkeit: die Forderung von Vorrechten für vermeintlich Etablierte. Zum ersten Mal steigt diese Forderung unter den Bürger_innen auf über 30 % und erreicht damit einen Wert, der

mehr als doppelt so hoch ist wie noch zur Zeit der erstarkten Fluchtbewegung im Jahr 2016. Erschreckend ist die hohe Zustimmung auch deshalb, da wir in der aktuellen Datenerhebung die Forderung von Vorrechten erstmalig mit konkretem nationalen Bezug und damit unmissverständlich formuliert haben. Die Forderung von Übervorteilungen gegenüber Migrant_innen wird von einem großen Teil der Befragten, insbesondere der autochthonen Bevölkerung, stark eingefordert.

Letztlich liefern auch die Daten zu den einzelnen Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die wir in der Integrations- und Migrationsdebatte als Kultur der Abwehr zusammenfassen, kein Signal für eine Entspannung oder ein Hinwegsehen über soziale Vorurteilmuster: Trotz aktuell zahlreicher und wirksamer Debatten über Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verweisen unsere Daten auf Höchstwerte der Fremdenfeindlichkeit und Muslimfeindlichkeit unter den Befragten seit 2014. Besonders die Muslimfeindlichkeit steigt kontinuierlich seit 2014, was in Zusammenhang stehen mag mit der stärker werdenden Skepsis gegenüber der Gleichwertigkeit und Sichtbarkeit von (religiöser und kultureller) Vielfalt in Deutschland. Hier muss die Gruppe der Muslim_innen auch in öffentlichen Debatten noch häufig als Zielscheibe von Vorwürfen der „Fremdheit“ und „Andersartigkeit“ erhalten. Damit dient die Muslimfeindlichkeit aber vielleicht auch als Gradmesser für den Zustand der Toleranz gegenüber kulturellen Identitäten und damit einer zentralen Dimension der Integrationsbereitschaft.

Wie kann ein Ankommen gelingen?

Die Studienreihe ZuGleich ist ein Barometer der Einstellungen und Meinungen der in Deutschland lebenden Bürger_innen zur Frage, ob Menschen und Gruppen mit unterschiedlichen Herkünften, Biografien und Wanderungsgeschichten in Deutschland teilhaben dürfen und anerkannt sind. Dies geht einher mit der Frage, welchen Menschen und Gruppen in Deutschland ein Platz eingeräumt wird und ob Menschen und Gruppen in Deutschland für andere sichtbar und erlebbar so leben können und dürfen, wie sie es gerne möchten. Die aktuellen Daten verweisen auf eine stabile Mehrheit unter den Bürger_innen, die sich für Vielfalt und ein gleichwertiges Miteinander aus-

spricht. Einige Entwicklungen seit 2014 geben dagegen Grund zur Sorge und sollten dazu einladen, wichtige und notwendige Fragen zu stellen, aber auch gesellschaftlich und politisch gegenzusteuern.

Das Integrationsverständnis unserer Studienreihe geht über die Frage nach der politisch dominierenden Frage der institutionellen und gesellschaftlichen Teilhabe hinaus. Während in politischen und rechtlichen Konzeptionen von Integration die gesellschaftliche Teilhabe von höchster Relevanz ist, ist für ZuGleich auch die Frage der gegenseitigen Akzeptanz kulturell unterschiedlicher Identitäten und Traditionen bedeutsam. Diese Akzeptanz prägt

Integration unseres Erachtens stärker als nur die Frage nach Teilhabe. Die Akzeptanz von differenten Kulturen ist deshalb relevant, weil in einem diversen Land wie Deutschland die Vielfalt im öffentlichen Raum, im Alltag, in den Lebensbereichen der Befragten längst zur Normalität geworden ist und Homogenität abgelehnt wird. Die ZuGleich-Studien zeigen, dass die Mehrheit der Bürger_innen längst in einer multikulturellen Alltagswelt lebt und die Zugehörigkeit zur Gesellschaft an Kriterien, die politisch und gesellschaftlich gestärkt werden können, bemisst. Dabei geht es konkret um die Förderung der Sprachkompetenz, um politische Bildung und gesellschaftliches Engagement. Das alles kann weiter gestaltet werden.

Auf der Grundlage unserer Daten, die ein repräsentatives Bild der derzeitigen Stimmungslage unter den Bürger_innen darstellen, sind uns folgende Punkte und Empfehlungen nach Datenlage wichtig:

- **Die Bildung und Vermittlung dessen, was Integration bedeutet,** scheint im Jahr 2020 verglichen mit den Vorjahren wichtiger denn je. Mittlerweile fünf Jahre nach der verstärkten Migrationsbewegung ist die deutsche Gesellschaft vielfältiger und unterschiedlicher geworden. Neben der Zugehörigkeit, die viele Integrationskonzepte im Sinne einer gesellschaftlichen Teilhabe prägt, wollen wir den Fokus auf die Gleichwertigkeit legen. Hier zeigt sich in der Bevölkerung eine deutlich größere Skepsis; die klare Forderung nach einer einseitigen Anpassung stellt die Frage, ob kulturelle Identitäten zunehmend unwichtiger werden in einer modernen und diversen Gesellschaft oder aber, ob es sich um eine Nichtanerkennung von Vielfalt handelt. In Zukunft wird von Bedeutung sein zu vermitteln, dass gerade die Anerkennung und Toleranz gegenüber kulturellen Unterschieden eine Integrationsgesellschaft ausmachen. Die Stärkung kultureller Identitäten in Empowermentprogrammen und der Schutz kultureller Traditionen, Identitäten und Differenz sowie die Kulturbildung in einem diversen Land sind daher unseres Erachtens wichtig wie hilfreich für die Integration, selbstverständlich soweit die Akzeptanz von Differenz mit einem Konsens

über Grundnormen einhergeht. Ebenso sollte die immer wieder in sozialen Vorurteilen unterstellte kulturelle Differenz, die gegen „das Deutsche“ steht, besser adressiert werden. Die starke Muslimfeindlichkeit geht mit einer Unterstellung der Nichtpassung einher. Fremdheitsunterstellungen sind nicht das, was die Akzeptanz kultureller Identitäten meint, die in ZuGleich zum Ausdruck kommt und von vielen Befragten erwünscht wird.

- Daran anschließend verweist ZuGleich 4 deutlich auf die Notwendigkeit, den Blick **vom Willkommen zum Ankommen** zu lenken. Die Willkommenskultur scheint mittlerweile kaum noch eine Rolle dafür zu spielen, wie die Bürger_innen in Deutschland zusammenleben möchten. Zukünftige Debatten müssen sich damit auseinandersetzen, wie sichtbar kulturelle Identitäten und Unterschiede sein dürfen und wo bei den Bürger_innen die Toleranzräume und -grenzen liegen. Auch diesen Fragen hat sich ZuGleich 4 gewidmet. Ankommensprogramme wären systematische Integrationskonzepte, die den Weg in die Gesellschaft ebnen und interkulturelle Kontakte und den Austausch fördern. Die Diskussion des SVR zur beschleunigten Einbürgerung könnte ein guter Anlass sein, über die Gestaltung von Ankommensprogrammen zu debattieren. Mit Sprachkursen allein wird es nicht getan sein. Migrant_innenselbstorganisationen könnten weiter gestärkt werden und in die

Ankommensarbeit miteinbezogen werden. Die Ankommensphasen müssen auch noch viel genauer untersucht werden, um zu prüfen, warum sich infolge von Immigration Integrations-, Assimilations-, Separations- oder Marginalisierungsorientierungen von Menschen und Gruppen ergeben. Auch Jahre nach der Immigration, auch in den zweiten, dritten und weiteren Generationen, ist die Separation möglich und eine Option. Die unterschiedlichen Akkulturationswege müssen auf der Grundlage einer längsschnittlichen Analyse der Biografien besser verstanden werden, zumal die Gesellschaft globaler wird und viele Einflüsse aus anderen Kulturen und Ländern die Art und Weise, wie Heimat und Heim eingerichtet werden, beeinflussen.

- Die **Zugehörigkeit** bemisst sich nach der Mehrheit der Bürger_innen weiterhin an erwerbzbaren Kriterien, wie Arbeit oder Sprache. Weitere Investitionen in diese Bereiche sind notwendig, wie etwa die Förderung von Sprachkursen, Ausbildungs- und Arbeitsmaßnahmen. Auch soziale Kriterien, wie der Einsatz für die Allgemeinheit, scheinen ebenso maßgeblich zu sein für die Befragten. Engagement ist wichtig und muss anerkannt und gefördert werden. Unsere Daten weisen hier in Richtung lokaler und kommunaler Räume, wie Stadtgemeinden und Nachbarschaften, in denen Zusammenleben gestaltet und ausgehandelt wird. Es kann Sinn machen,

mehr darüber nachzudenken, wie das soziale Umfeld von Immigrant_innen und wie Migrant_innenselbstorganisationen noch stärker in ihrer Integrationsfunktion gestärkt werden. Die Geflüchteten von 2015 sind vielleicht die Integrationsexpert_innen heute. Sie wissen, was funktioniert und was nicht beim Ankommen. Sie wissen, wer sich zurückzieht und am Rande der Gesellschaft steht.

- Nachdem wir seit mittlerweile sechs Jahren nach den Kriterien der Zugehörigkeit fragen, stellt sich im Jahr 2020 eine weitere wichtige Frage: Was ist mit jenen **Nachkommen von Eingewanderten** in zweiter oder dritter Generation, die den Katalog formal erfüllen? Unsere Daten zeigen, dass hier die wirkliche Gleichwertigkeit noch nicht erreicht ist. Häufig sehen sich die Nachkommen von Eingewanderten noch weiteren Forderungen ausgesetzt, um wirklich zugehörig sein zu dürfen. Dabei stören auch soziale Vorurteile gegen die Gruppen, die die Wahrnehmung und das Handeln derjenigen steuern, die schon immer oder länger im Land leben. Solange die vermeintlich Etablierten auch bei Erfüllung der Kriterien auf ihren Hierarchien beharren, bleiben Ungleichheiten zwischen Menschen und Gruppen bestehen. Das Denken in sozialen Hierarchi-

en, in oben und unten, Mehr- und Minderwertigkeit prägt zu sehr die Frage der Migration in Deutschland. Die systematische Bearbeitung von Vorurteilen hilft bei der Integration und daher müssen Stereotype und Vorurteile immer wieder systematisch hinterfragt werden, sei es in Bildung oder im Austausch über Gruppen in privaten und öffentlichen Medien. Die Immigration sollte von kluger und kompetenter, also faktenbasierter Aufklärung begleitet werden, sowohl in der analogen als auch in der digitalen Kommunikation.

- Zu Gleich 4 stellt noch einmal deutlich die Frage nach der **Sichtbarkeit von Vielfalt und kulturellen Unterschieden**: Möglichkeiten des Erlebens und des Kontakts mit Vielfalt bergen Potenziale der Veränderung. Integration und Zugehörigkeit werden trotz aller Konflikte und Auseinandersetzungen dort anerkannt, wo Kommunen Bevölkerungsgruppen Räume ihrer Akzeptanz geben. Wir gehen davon aus, dass lokale Programme, die Sichtbarkeit und Kontakt erhöhen, den Kulturen der Abwehr entgegenzutreten können.
- Unsere Daten zeigen deutlich, dass im Jahr 2020 die Gruppe der Menschen, die eine Einwanderungsgeschichte besitzen, in sich **heterogen und unterschiedlich** ist in ihren

Einstellungen, Identifikationen und Selbstbildern. Unsere Daten zeigen wiederholt, dass sich allein Gruppen, die im Rahmen der letzten fünf Jahre nach Deutschland gekommen sind, in ihren Einstellungen von jenen unterscheiden, die schon länger hier leben. Neben der Aufenthaltsdauer könnten wir zahlreiche Merkmale benennen, die zur Vielfalt innerhalb der Gruppen beitragen. Die Diskussion darüber, was der sogenannte Migrationshintergrund oder aber die Einwanderungsgeschichte als soziodemografisches Merkmal bedeutet oder aber ob diese Merkmale in einer modernen Gesellschaft überhaupt noch von Bedeutung sind, muss öffentlich geführt werden. Sie sollte auch öffentlich angemessen kommuniziert werden. Es müssen Wege gefunden werden, wie Migration als ein die Gesellschaft prägendes Element für alle verständlich und nachvollziehbar ist. Die Pandemie hat klargemacht, wo Kommunikationsdefizite in der Vermittlung von Informationen für alle sind. Das gilt auch für die Vermittlung von Wissen über Migration in all ihren Facetten der Immigration und Emigration. Wissen schützt vor Allgemeinurteilen über Migration und Integration, die sich in Vorurteilen verfestigen. Alle Bürger_innen sollten das Recht und die Kompetenz haben, Migration zu verstehen.

Integration bedeutet mit allen Verantwortungen, die damit für alle Beteiligten einhergehen, Teilhabe an Arbeit, Sprache, Kultur und gesellschaftlichem Leben. Aber mehr denn je bedeutet sie im Jahr 2021 in einer veränderten Gesellschaft auch die Möglichkeit, kulturelle Unterschiede sichtbar zu erleben, sich gegenseitig als gleichwertig anzuerkennen und unterschiedlichen Menschen und Gruppen ein wirkliches Ankommen – eine Beheimatung – zu ermöglichen. Damit unterscheidet sich die Integration von Assimilationsprozessen, Separation oder aber der Marginalisierung ganzer Gruppen. Ein Integrationskonzept muss diskutiert und vermittelt werden. Die Bildung und Vermittlung dessen, was Integration und Akkulturation bedeuten, gehört zum Kernbestand der Bildung in einer Integrationsgesellschaft und sollte in Schulen, Universitäten und in weiterführenden und beruflichen Bildungsangeboten stattfinden. Letztlich tragen wir mit unserer Studie dazu bei, denen Gehör zu verschaffen, die tagtäglich Akkulturation erleben und gestalten, in Nachbarschaften, Gemeinden, ländlichen und urbanen Räumen: allen Bürger_innen der Integrationsgesellschaft.

LITERATUR

Berry, J. W. (1997). Immigration, acculturation, and adaptation. *Applied Psychology: An International Review*, 46, 5–34.

Berry, J. W., Trimble, J. E., & Olmedo, E. L. (1986). Assessment of acculturation. In W. J. Lonner & J. W. Berry (Eds.), *Cross-cultural research and methodology series*, Vol. 8.

Elias, N., & Scotson, J. L. (1965). *The established and the outsiders: A sociological enquiry into community problems*. London: Cass.

El-Mafaalani, A. (2013). *Das Einwanderungsland wird erwachsen*. Zeit Online, 19.12.2013.

Zick, A. (2010). *Psychologie der Akkulturation – Neufassung eines Forschungsbereiches*. Wiesbaden: VS-Verlag.

Zick, A. & Küpper, B. (2021). *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz.

Zick, A. & Preuß, M. (2021). Hate Speech gegen Medienschaffende – Eine empirische Analyse der Hintergründe und Wirkungen von Angriffen gegen Journalist*innen. In S. Wachs, B. Koch-Priewe & A. Zick (Hrsg.), *Hate Speech – Multidisziplinäre Analysen und Handlungsoptionen* (S. 253–278). Wiesbaden: Springer Nature.

IMPRESSUM

Herausgeber

Prof. Dr. Andreas Zick & Dr. Nora Rebekka Krott
Universität Bielefeld
IKG – Institut für interdisziplinäre Konflikt-
und Gewaltforschung
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld
Tel.: +49 521 106 3124
zick@uni-bielefeld.de
nora.krott@uni-bielefeld.de

Datenerhebung und Auswertung

IKG – Institut für interdisziplinäre Konflikt-
und Gewaltforschung, Universität Bielefeld
Dr. Jung GmbH, Gesellschaft für Markt- und
Sozialforschung (GMS), Hamburg

Redaktion

Dr. Nora Rebekka Krott, Universität Bielefeld
Zeynep Demir, Universität Bielefeld
Stella Nüschen, Universität Bielefeld

Gestaltung

GMF | Gathmann Michaelis und Freunde, Essen
www.gmf-design.de

Druck

Woeste Druck, Essen

Nachdruck und Vervielfältigung nur
mit Genehmigung des Herausgebers.

Stand: August 2021

Prof. Dr. Andreas Zick
Dr. Nora Rebekka Krott
Universität Bielefeld

IKG – Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld
Tel.: +49 521 106 3124
zick@uni-bielefeld.de
nora.krott@uni-bielefeld.de

Zugleich ist ein Projekt des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, gefördert von der Stiftung Mercator.

